

VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus) — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 867 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1889.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Str. 23.

Inserate werden die 4-spaltige Zeitungszeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Str. 23.

Ausgabe für Expediteure:
„Volksblatt“ Zimmer-Str. 44.

Nr. 45.

Sonnabend, den 9. November 1889.

III. Jahrgang.

Zur Achtstundenbewegung. — Politische Rundschau. — Die Arbeiter und die Bourgeoisie in England. II. — Zur Frauenfrage. V. — Zur Geschichte des Antisemitismus. III. — Das Kartell und der Militarismus. — Gedicht von Hoffmann v. Fallersleben. — Novelle von Mackay. V. — Ausschreitungen der Innungen. — Arbeiterstatistik. — Frauenbewegung in Amerika. — Die Normalarbeitstagsgesetzgebung in den verschiedenen Ländern. — Oesterreichische Arbeiterpresse. — Marx' Kapital. — Aus Treitschke's Schriften.

Arbeiter und Parteigenossen!

Wir gedenken in Zukunft unser Blatt wesentlich zu erweitern (vergl. hierüber die letzte Seite des Hauptblattes), rechnen dafür aber auf um so regere Unterstützung durch Werbung neuer Leser und durch Zuweisung von Annoncen seitens der Vereine.

Jeder neu hinzutretende Abonnent erhält, soweit unser Vorrath reicht, die Reichstagsbeilage gratis nachgeliefert.

Ferner bitten wir, recht energisch zur Verbesserung der „Berliner Arbeiterbibliothek“ einzutreten.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

Die Einheit des Gedankens der Arbeiterbewegung.

Wir lesen in dem „St. Louis Tagebl.“ unseres Genossen Hepner:

Wenn ein Gedanke, wie derjenige, welcher der Arbeiterbewegung zu Grunde liegt, große Massen erfasst hat, in ihnen zu Fleisch und Blut geworden ist, stört es nicht mehr, wenn zwei oder mehrere über die Auslegung eines Satzes oder Paragraphen der Lehre sich verfeinden oder gar zerhauen.

Dies hat sich soeben wieder in dem Gefühl der absoluten „Wurschtigkeit“, welches die organisierten Arbeiter im allgemeinen für die Wirren in der sozialistischen Arbeiter-Partei (der Verein. Staaten) hatten, gezeigt.

Das ist ein gutes Omen, denken wir.

„Die Sache steht über dem Personenstreit,“ lautete das allgemeine Verdikt, „wir interessieren uns nicht für euren Krach; sehtet den in euren Sektionen aus und laßt die Welt damit in Ruhe.“

Die Einheit des Gedankens der Arbeiterbewegung ist bei solchen Vorkommnissen recht erkennbar: „Was wollen wir alle? Die Arbeit aus ihrem bisherigen Zustande der Knechtschaft befreien! Vor dieser allgemeinen Aufgabe verschwindet die Detailfrage, ob der S. ein besserer oder schlechterer Mensch sei, als der R. Damit mögen die sich befassen, welche die Frage direkt berührt. Die Arbeitermasse als solche geht zur Tagesordnung darüber hinweg.“

Die Einheit des Gedankens der Arbeiterbewegung kann durch abweichende Ansichten hervorragender Führer nicht mehr zerstört werden: kein Powderly, kein Arthur, kein Gompers, kein Straffer, kein Schewitsch, kein Rosenberg ist mächtig genug, jezt der Arbeiterbewegung den Stempel seiner Persönlichkeit aufzudrücken. Die Zeiten, in denen dergleichen möglich war, sind vorüber. Ferdinand Lassalle war der erste und letzte, der es vermochte. Seitdem sind 25 Jahre verstrichen und die Arbeiter sind selbstständiger im Denken und Handeln geworden. Es giebt heute viele, sehr viele gebildete Arbeiter, die jederzeit als Agitatoren, Führer, Redakteure eintreten können.

Die Einheit des Gedankens der Arbeiterbewegung stellt sich in Amerika im gegenwärtigen Momente durch das Ringen nach Verkürzung der Arbeitszeit dar. Es ist nicht viel, was verlangt wird, sehr wenig sogar; ein recht kleines Partikelnchen von dem, was zu unseren

Menschenrechten gehört; es ist kein „Radikalismus“ in der Forderung, aber sie birgt in sich die ersten Keime des Widerstandes gegen das Kapital; sie wirkt anregend und „aufreizend“ — wir schreiben dies Wort mit allem Vorbedacht.

Das erste Mal „Wir wollen nicht länger als 8 Stunden täglich arbeiten,“ von der Arbeiterklasse mit Nachdruck gesprochen, und das Bewußtsein, daß sie als Klasse dem Kapital Trotz zu bieten hat, ist in ihr erwacht.

Aus diesem Grunde haben die Vertreter der radikalen Richtung die Achtstunden-Agitation zu unterstützen. Was auch ihr unmittelbares Resultat sein möge, sie wird der Arbeiterklasse zeigen, daß ihr Schicksal von ihrem Willen abhängt und daß die Inhaber der ökonomischen Gewalt ihr nichts geben, wenn sie nicht durch die äußerste Nothwendigkeit, die Uebermacht des Gegners, gezwungen sind.

Politische Uebersicht.

× Die Etatdebatten des Reichstages haben keine besonders neuen Schlaglichter auf unsere militärische und staatliche Entwicklung geworfen. Was den Risenziffern des Militärbudgets gegenüber zu bemerken war, das hatte im wesentlichen schon die Presse hervorgehoben.

Alle bürgerlichen Parteien fühlen sich durch die fortgesetzte Erhöhung der Ausgaben peinlich berührt, aber keine derselben wagt es, Hand an die Wurzel des Übels zu legen. Alle erklären sich mit der Blut- und Eisenpolitik, insbesondere mit der Annektion von Elsaß-Lothringen einverstanden und müssen mit Naturnothwendigkeit also auch die Mittel, welche eine solche Politik verlangt, billigen.

Darum haben auch die Nationalliberalen vollkommen Recht, wenn sie den Freisinnigen vorhalten, daß ihre Agitation gegen die militärischen Ausgaben der Regierung wenig mehr als ein oberflächliches Scheingefecht sei. Und thatsächlich haben die Liberalen auch stets den größten und wichtigsten Regierungsforderungen für die Armee zugestimmt. Sie dürfen sich am wenigsten wundern, wenn ihnen diese Nachgiebigkeit nun auch von Jahr zu Jahr immer neue Millionen kostet.

Sehr bezeichnend für ihren Standpunkt ist die Haltung des anerkannten Parteiführers. Herr Richter besitzt eine große Kenntniß des Etats, und es gelingt ihm auf Grund derselben, da und dort etliche Posten aufzuspüren, von denen sich vielleicht ein kleiner Abstrich ermöglichen ließe. Seine ganze Opposition beschränkt sich darauf, derartige harmlose Ersparnisse und eine kürzere Bewilligungsfrist des Militärbudgets zu verlangen. Alljährlich, nicht, wie jezt auf 7 Jahre, soll das Parlament die Ausgaben für die Armee genehmigen, das ist die kühnste, radikalste Forderung, zu welcher er sich auch bei diesen Reichstagsverhandlungen aufzuschwingen vermochte.

Eine Partei, die es sich zur Ehre anrechnet, im wesentlichen alle militärischen Wünsche der Regierung aus „Patriotismus“ zu erfüllen, und die nichts anderes als derartige Kleinigkeiten gegen das herrschende System vorzubringen weiß, darf sich allerdings nicht wundern, wenn sie nach unten und oben hin an Ansehen verliert.

Wenn man nach den Ursachen forscht, welche heutzutage die Militärlasten auf eine Höhe treiben, wie kein früheres Zeitalter sie gekannt hat, so zeigt sich, daß sie ökonomischer Natur sind, daß sie mit der Entwicklung des Kapitalismus aufs allerinnigste zusammenhängen. Die moderne Technik erst schuf den Reichthum, welcher es dem Staate gestattet, solche Summen für seine Zwecke zu verwenden. Und andererseits ist es wieder die moderne Technik auch, die ihn zwingt, seine Kriegsausgaben — falls er überhaupt eine militärische Politik treiben will — immer weiter zu steigern. Denn während in früheren Zeitaltern die kriegerische Ausrüstung der Völker sich nur wenig veränderte, hat heutzutage der alles umwälzende industrielle Erfindungsgeist auch auf diesem Gebiete unaufhörlichen Wechsel und Fortschritt hervorgebracht. Um sich

auf der Höhe militärischer Leistungsfähigkeit zu erhalten, muß der Staat mit den sich überstürzenden Entdeckungen Schritt halten, und eben diese Nothwendigkeit steigert seine Geldansprüche ins Unermessene. So erschienen die Forderungen, welche der neue Etat für die Marine aufstellt, eben noch ausschweifend hoch, und schon bringt die Nationalzeitung einen Artikel von „fachmännischer“ Seite, wonach die Erfindung, daß mit Dynamitladung versehene Sprenggeschosse aus gewöhnlichen Geschützen jedes Kalibers geschossen werden können, den ganzen neuen Flottengründungsplan technisch in Frage stellen würde.

In der kapitalistischen Produktion verwandeln sich alle Güter zum Fluche. Der Erfindungsgeist selbst, dessen natürliche Bestimmung es wäre, den Wohlstand jedes einzelnen zu heben, wird eine Geißel der Massen. Die industriellen Maschinen, die er erfindet, machen immer mehr Arbeiter „überflüssig“ und stürzen sie in die dunklen Reihen der Brotlosen herab, die Mordmaschinen, welche er baut, treiben den Staat zu immer unfinnigeren Ausgaben, zu immer größerer Belastung des Volkes an. Doch diese Entwicklung trägt den Keim ihres Unterganges in sich selbst. Solche künstlichen sozialen Widersprüche lassen sich nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt ertragen. Die Maschinen sind nicht nur Erzeuger der Arbeitslosigkeit und des modernen Militarismus, sie haben auch das Klassenbewußtse, das sozialdemokratische Proletariat erzeugt, welches sich ihrer einst zum Wohle aller bemächtigen wird.

In diesen Tagen schwärmte die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ wieder einmal von dem sozialen Königthum, das seine Aufgaben stets darin gesehen habe, den Schwachen beizustehen und die Klüffeln gegen sich zu verfeinden. Daß dieses Königthum fünf Sechstel der Reichseinnahmen aus indirekten Steuern, die vor allem die Armen belasten, deckt, wurde schon in der vorigen Nummer der „Tribüne“ auf Grund des neuen Etats festgestellt. Eine andere kleine Rechnung dürfte aber eine noch bessere Illustration zu jenem alten Märchen geben. Die Einnahmen des Reiches aus den Getreidezöllen betragen im Jahre 1888 57 Millionen und werden im laufenden Jahre mindestens auf 60 Millionen ansteigen, was für den Kopf der Bevölkerung eine jährliche Belastung von M. 1,30 ergibt. Die Arbeiterfamilie von 5 Köpfen zahlt also an den Staat auf Grund dieser Steuer jährlich etwa 6 Mark.

Da aber der Staat nur den Zoll von dem Getreide erhebt, welches aus dem Auslande hereinkommt, so ist die Summe, welche er aus den Taschen des Volkes zieht, nur eine Lumperei verglichen mit dem, was die deutschen Großgrundbesitzer, die ihren Getreidepreis dem Schutzoll entsprechend steigern können, sich aneignen. Auf Grund einer sehr einfachen Rechnung¹⁾ hat man gefunden, daß die Durchschnittsfamilie von 5 Köpfen ihren jährlichen Getreidebedarf bei den jetzigen Zöllen um etwa 42 Mark theurer bezahlt, als sie es ohne die von der Regierung beliebte Zollpolitik thun könnte.

Obgleich die Regierung also wegen ihrer militärischen Kräftigungen gezwungen ist, unerhörte Geldsummen den Bürgern abzuverlangen, begnügt sie sich nicht mit dem, was sie zu fordern hat. Sie glaubt ihrer „sozialen Aufgabe“ nicht eher Genüge gethan zu haben, ehe sie nicht auch den „armen“ Großgrundbesitzer zum fröhlichen Zulangen eingeladen. Von den 42 Mark, um welche sie den jährlichen Getreidekonsum der Durchschnittsfamilie vertheuert, wagt sie nur ein Siebentel für sich in Anspruch zu nehmen, der Löwenantheil von 36 Mark fällt den Herren Agrariern zu. Man darf nie vergessen, daß der Etat des Reiches, trotz seiner unformlichen Größe, immer nur einen Theil von dem darstellt, was dem Proletariat durch die „Sozialreform“ thatsächlich genommen wird.

Noch mehr als anderswo bethätigt sich bei uns die

¹⁾ Es werden jährlich in Deutschland 162 Millionen Zentner Getreide konsumirt; auf den Kopf kommen also 3,45 Zentner und auf eine aus 5 Köpfen bestehende Familie 8 1/2 Doppelzentner jährlich. Wenn die Kornzölle den Doppelzentner um 6 Mark vertheuern, so steigern sie also die durchschnittlichen Haushaltsausgaben jährlich um 42 1/2 Mark.

Staatsgewalt an das, was sie nach Marx stets ist, als ein Ausschuß der herrschenden Klassen, welcher im Interesse derselben die öffentlichen Angelegenheiten der Gesellschaft verwaltet. In diesem, und nur in diesem Sinne, kann von einem „sozialen Königthum“ gesprochen werden.

Auf die Budgetdebatten folgten in der laufenden Woche die Reichstagsverhandlungen über den Belagerungszustand und das Sozialistengesetz. Es wurden von den verschiedenen Seiten dieselben Beweisgründe für und gegen vorgebracht wie auch sonst. Die sozialistischen Abgeordneten wiesen darauf hin, wie maßlos die Polizei ihre Machtbefugnisse mißbrauche, und wie trotzdem die ganze Ausnahmegesetzgebung sich ohnmächtig gegenüber der Klassenbewegung des Proletariats erweise. Die Freisinnigen und die Zentrumsleute schlossen sich diesem Gedankengange an und erklärten, gegen die Regierungsvorlage stimmen zu wollen, die ersten, weil sie den Sozialismus durch die wirtschaftlich-politische Freiheit, die zweiten, weil sie ihn durch das „Christenthum“ am besten aus der Welt zu schaffen wännen. Die Nationalliberalen wägen nach ihrer bekannten Art einige Ausstellungen, werden aber natürlich, wenn die Regierung sich daran nicht lehrt, auch so für die Verewigung des Sozialistengesetzes stimmen. Die Konservativen endlich mächteten am liebsten noch schärfere Maßregeln, als der Entwurf sie vorschlägt, sind aber auch mit dieser Abschlagszahlung zufrieden.

Wir werden uns nicht wundern, wenn die Kartellmehrheit des Reichstages das Ausnahmegesetz verewigt, denn wir machen uns keine Illusionen darüber, daß Macht vor Recht geht und immer vor Recht gehen muß, so lange der Klassenstaat besteht. Aber wir wissen auch, daß die Sozialdemokratie dies „ewige“ Gesetz, durch welches man sie zu vernichten träumt, überleben wird.

Die jetzige Arbeiterbewegung und die Bourgeoisie in England.

pfr. London, den 5. November 1889.

II.

Bisher verhielt sich die englische Arbeiterklasse, außer bei besonderen Anlässen, den politischen Parteien gegenüber indifferent oder sie hing sich, der Harmonieeduselei fröhrend, wesentlich an die Rockschöße der Liberalen. Jetzt droht das anders zu werden, ihr selbständiges Vorgehen scheint greifbar nahe bevorstehend, und die Bourgeoisie, ob liberal, ob konservativ, die den Ernst ihrer Lage zu überschauen im Stande sind, fangen an zu überlegen, auf Mittel und Auswege zu sinnen, wie ihre Herrschaft noch möglichst lange künstlich zu verlängern sei. Da sehen sie denn nun klar ein, daß es vorläufig nur eine Rettung für sie giebt: sich scheinbar an die Spitze der gewaltig aufstrebenden Bewegung zu stellen, sich scheinbar zu den beredtesten und energischsten Anwälten ihrer Forderungen zu machen, ihnen, um sie sicher zu machen, einige tatsächlichen Vortheile erobern zu helfen und auf diese Weise die Fäden der ganzen Bewegung in die Hände zu bekommen, dieselbe irre zu führen, in Widerspruch mit sich selbst zu bringen, zu zersplittern und soweit als möglich zu grunde zu richten.

Dies ist in der That die Taktik, welche die englische Bourgeoisie jetzt einzuschlagen beginnt. Die Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit illustriren dies.

Zweifellos findet sich unter den bürgerlichen Elementen eine Zahl von Leuten, die eifrig und ehrlich bestrebt sind, für die Arbeiter einzutreten. Aber ebenso gewiß ist es, daß diese Zahl, wenn vielleicht auch größer als in Deutschland, eine ganz verschwindende ist. So hat man den erstaunlichen Ausbruch von Sympathie unter dem Groß- und Kleinbürgertum bei Gelegenheit des großen Dockstreiks keineswegs nur der selbstlosen Freundschaft für die unterdrückten Arbeiter, sondern vornehmlich der Gegnerschaft und dem Haß desselben gegen die Dockgesellschaften zuzuschreiben, welche sich durch die rückwärtslose Ausbeutung ihres Hafenmonopols alle Schichten der Londoner Bevölkerung zu Feinden gemacht hatten. Hinc illae lacrimae! Man hat hierin also keineswegs nur ein schönes Beispiel der Nächstenliebe zu dem „Bruder Arbeiter“ zu suchen.

Es mag ein hartes Urtheil sein, aber es ist ein gerechtes, wenn wir sagen, daß die Mitglieder der Bourgeoisie, welche wir jetzt unter den Fahnen der Arbeiter finden, durchaus nicht — natürlich allgemein gesprochen und mit ehrenvollen Ausnahmen — durchaus nicht die Interessen der Arbeiterklassen als solche zu fördern beabsichtigen, sondern darauf bedacht sind, ihren eigenen Interessen zu dienen, ihre eigenen selbstsüchtigen Zwecke zu erreichen. Daher müssen sie möglichst arbeitfreundlich auftreten, ja es wird sogar unvermeidlich sein, daß sie durch ihre Wirksamkeit den Arbeitern beträchtliche Zugeständnisse verschaffen, allein der Endzweck, den sie im Auge haben, ist das keineswegs. Wenn sie für das „Wohl der Arbeiter“ eintreten, so treten sie damit auch für sich selbst ein.

Die politische Klugheit — und in der Beziehung stehen sie weit über den stupiden deutschen Bourgeois — gebietet ihnen wirkliche Opfer zu bringen, wenn sie sich die Gunst oder sagen wir die neutrale Ruhe der Massen bewahren wollen; davon hängt ihre parasitische Existenz ab.

Da finden wir zunächst die verschiedensten kirchlichen Würdenträger, katholische wie protestantische, große und kleine Lichter, vom Kardinal bis zum gewöhnlichen Pfarrer herab. Die Macht der Kirche in England beruht zum großen Theil auf der Thatsache, daß sie von ihren ungeheuren Einkünften bedeutende Summen zur Unter-

stützung Bedürftiger ausgiebt. Daß diese Unterstützung indessen nur ein Tropfen auf einen heißen Stein ist, weiß sie selbst recht gut, und sie fürchtet mit Recht, daß die wachsende Aufklärung ihren Einfluß brechen wird. Sie hat erkannt, daß das schreiende soziale Elend eine drohende Gefahr für die herrschende Klasse ist; aber ein Sturz der herrschenden Klasse bedeutet ihren eigenen Sturz, welchen daher zu verhindern suchen einfach Gebot der Selbsterhaltung ist.

Kein Wunder, daß die Kirche ihre Sendboten unter das Volk schickt, um dasselbe an sich zu ketten. So sehen wir denn eine große Anzahl hoher wie niedriger Geistlicher als eifrige Helfer in den Streiks fungiren, Nahrungsmittel und Fonds für die Streikenden und ihre Familien aufbringen, ja offen für diese Partei ergreifen. Sie geben ihre Kirchen und Kapellen zu Arbeitermeetings her und machen ihre Kanzel zur Tribüne. Sie lassen sich in die Streikkomitees und von den Trades Unions zu Vorsitzenden und Sekretären wählen. Es findet kaum ein Arbeitermeeting statt, wo nicht irgend ein Reverend Soundsso für die Kräftigung der Organisation und für bessere Lohnverhältnisse plädiert. Mit besonderem Eifer treten sie für die kürzlich gebildete und in schnellem Wachsen begriffene Trade Union der weiblichen Arbeiter ein.

Wir geben ohne weiteres zu, gerade unter den Geistlichen findet sich mancher aufrichtige und langjährige Freund der Arbeiter, mancher mit vorgeschrittenen politischen Ansichten; aber wir fragen: Woher jetzt mit einem Male diese Sturmfluth von Arbeiterfreundlichkeit, mit der das Land überschüttet wird? Haben alle die furchtbaren Mißstände früher nicht existirt? Sind sie mit einem Male aus dem Boden gewachsen, plötzlich und verheerend wie eine Epidemie? Bewahre, sie haben längst existirt, nur sind sie jetzt massenhafter und drohender als je hervorgetreten, und es wäre gefährlich, die Forderungen von Tausenden und aber Tausenden einfach bei Seite zu setzen. Jetzt heißt es entweder für oder wider; Neutralität giebt es nicht mehr. Die Pfaffen, die von jeher die klügsten Leute waren, wissen sehr gut zu beurtheilen, welcher für sie selbst der praktischere, sichere Weg ist, den sie jetzt gehen müssen. Von zwei Uebeln das kleinere wählen ist ihre Losung.

Durchmustern wir nun die Leute, die sich dem staunenden Blicke des Beobachters weiter als begeisterte „Champions“ für die Rechte der verflawten und ausgebeuteten englischen Volksmassen präsentiren. Was wir eben von den offiziellen Vertretern der Religion gesagt haben, gilt auch für die offiziellen Vertreter der Politik. Radikale und liberale Abgeordnete verfechten die Forderungen der Dockslaven, gehen dem Sweating-System zu Leibe, schwärmen für soziale Reformen, Verkürzung der Arbeitszeit, Aufbesserung der Löhne, Abschaffung der indirekten Steuern, freie Erziehung u. s. w. in infinitum. Auch deren Opferfreudigkeit und Hilfsbereitschaft ist größtentheils ein bloßes Angstprodukt: die Furcht vor der ungewissen künftigen Haltung der Arbeiterklasse im allgemeinen und die Furcht vor dem Ausgang der kommenden Wahlen im besonderen. Die Schatten, welche die letzteren bereits merklich vorauswerfen, beunruhigen die Gemüther der patentirten Volksvertreter. Und sie haben allen Grund dazu.

Seitdem den städtischen Arbeitern ein umfassenderes Wahlrecht verliehen und dasselbe auch auf die Counties ausgedehnt worden ist, steht dem englischen Proletariat der Weg ins Parlament offen. Wenn die englische Arbeiterklasse bis jetzt noch nicht wenigstens 70 bis 80 Vertreter in das Unterhaus abgeordnet hat, sagt Friedrich Engels in seinem vor wenigen Wochen publizirten Aufsatz, so ist das ihre eigene Schuld. Die Möglichkeit dazu ist ihr bereits in vollem Maße geboten. Um so mehr aber haben die jetzigen Abgeordneten ein selbständiges Vorgehen der Arbeiter bei den nächsten Wahlen zu fürchten. Es gilt ihnen daher vor allem, ihre Sitze dadurch zu sichern, daß sie sich Verdienste um die Arbeitersache erwerben. Darauf ist vornehmlich die Intervention verschiedener Abgeordneter in den jüngsten Streitigkeiten zwischen Arbeitern und ihren kapitalistischen Ausbeutern zurückzuführen, so die der East-End-Abgeordneten Burton und Montagu in den Streiks der Dockarbeiter und Schneider.

Bei den vier leztihin stattgefundenen Nachwahlen haben die Liberalen zum Theil deswegen ihre Siege erfochten, weil sie den Wählern die weitgehendsten Versprechungen machten. Home Rule allein zieht nicht mehr. So giebt der „Standard“, das Leiborgan Salisbury's, offen zu, daß der Liberale Morton seine Wahl in Peterborough nur seinem „fortgeschrittenen sozialen Programm“ verdanke, welches den Arbeitern verschiedene Konzessionen mache, darunter z. B. den achtstündigen Arbeitstag für die Bergarbeiter. Weiter sehen wir gegenwärtig den Liberalen Robert Peel, einen Sohn des bekannten Staatsmannes gleichen Namens, in Brighton, wo nächstens eine Nachwahl stattfindet, vor den Arbeitern herumrutschen und den Eisenbahnarbeitern, Droschkentuschern u. dergleichen in besonderen Versammlungen die glänzendsten Versprechungen machen, um die Stimmen zu ergattern.

Den Vogel aber hat bei dieser allgemeinen Popularitätsjagd der „demokratische“ Lord Rosebery abgeschossen, der ehemalige Minister des Auswärtigen, diplomatischer Gesandter der englischen Regierung beim deutschen Reichskanzler und — lat not least — Schwiegerjohn Rothschild's. Dieser edle Lord hat der brennenden Liebe, die er in seinem Busen für den darbenenden Mann im Arbeitsmittel trägt, auf eine ganz besonders interessante Weise Luft gemacht. Die 17 bis 18, ja 19 Stunden täglich abgerackerten und miserabel bezahlten Angestellten der Lon-

doner Pferdebahn hatten ein Meeting angefangt, daß in der Memorial Hall in Farringdon Street stattfinden sollte, ebenda, wo Herr Stöder vor mehreren Jahren, als er die Deutschen in London mit seiner christlich-sozialen Weisheit beglücken wollte, ein Fiasco erlitt, das er zeitlebens nicht vergessen wird. Da die „tram slaves“, die Tramway-slaves, kaum vor 12 Uhr Abends ihres Dienstes ledig sind, so war der Beginn der Versammlung erst nach Mitternacht angelegt. Lord Rosebery versiel auf die kapitale Idee, in dieser Versammlung zu präsidiren. Aus dieser prächtigen Gelegenheit, sich hervorzuthun, ließ sich trefflich politisches Kapital schlagen, welches sich bekanntermaßen leicht in klingendes umsetzt. So wetteerte er denn in tiefer Nacht gegen die unerfättliche Profitwuth des Kapitals, zeterete über die freventliche Zerstörung des Familienlebens, ermahnte die Pferdebahngesellschaften öffentlich zur Scham und forderte die Tausende seiner Zuhörer auf, nach ihrer Organisation in einer starken Union gegen ihre Bedrücker vorzugehen, indem er auf die von Burns geführte Bewegung hinwies, „welche einen Markstein in der Geschichte der Arbeit und der Geschichte Englands bildet“. (Sehr schön gesagt, aber wo war der edle Herr früher?) Im Morgenrauschen löste sich die Versammlung auf. Wie bedeutend sich unser Lord vorgekommen sein muß! Schade, etwas Kulissen, künstlicher Wasserfall und bengalische Beleuchtung hätten die Sache noch romantischer gemacht.

Wie sich diese neuen Bundesgenossen des Proletariats weiter entwickeln werden, bleibt abzuwarten.

Vorläufig kommt einem ihre plötzliche Handlung ebenso verdächtig vor, wie die Befehung anderer zum Sozialismus. So hat Sir W. Harcourt, ehemaliger Gladstonianischer Minister jüngst im Unterhause gesagt: „We are all Socialists now (Wir sind jetzt alle Sozialisten).“ Lord Randolph Churchill, der bekannte Toryabgeordnete, der mitunter demokratische Anwandlungen hat, erklärte sich vor einiger Zeit in Birmingham, dem Wahlkreise seines „feindlichen Bruders“ und des Verräthers an der Demokratie Chamberlain, für einen allgemeinen achtstündigen Normalarbeitstag und als Anhänger des Sozialismus. Endlich hat der englische Thronfolger, der Prinz von Wales, das gleiche politische Bekenntniß abgelegt.

Eine schnurrige Spezies von Sozialisten! Ich fürchte, sie werden mit ihrem Sozialismus unter den Arbeitern keine Parteigenossen finden. Aber bezeichnend sind diese jetsamen Geständnisse doch. Dieselben rühren nämlich daher, daß man nicht seine Stellung, wohl aber seine Taktik geändert hat. Einst verachtete man die sozialistische Utopie, dann spottete man darüber, endlich schimpfte man. Es half nichts. Jetzt ist es die neueste Mode, sozusagen fashionable, Sozialist zu sein. Erst suchte man den Sozialismus niederzuschreiben und kritisch zu vernichten, jetzt erklärt man sich selbst für einen Parteigänger desselben. Wie soll man sich das erklären? Sehr einfach: es ist das die beste Methode, ihn zu kompromittiren und so unschädlich zu machen. Welche geniale Idee!

Vergleichen wir die Stellung der deutschen Bourgeoisie mit der der englischen gegenüber den Bestrebungen der Arbeiter, so ist es klar, daß dieselbe bei beiden direkt durch die Furcht vor der wachsenden Macht des Proletariats diktiert ist. Doch ist die von beiden verfolgte Taktik eine entgegengesetzte; die erstere antwortet mit Unterdrückungsmaßregeln, die letztere mit, wenn auch widerwillig, Konzessionen. Trotz allem was wir oben gesagt, brauchen wir nicht auseinanderzusetzen, welche von beiden Bourgeoisien die verständigere und würdigere Rolle spielt.

Zur Frage der Frauenarbeit.

Von Clara Zetkin.

V.

Dazu kommt noch, daß sich die Herstellung der für die Familie nöthigen Gebrauchsartikel im Hause immer mehr als wirtschaftlich unvorteilhaft erweist, ja daß sie in den meisten Fällen ein Ding der Unmöglichkeit geworden.

Die Art und Weise, wie jetzt produziert wird, beschränkt den Kreis der häuslichen Thätigkeit der Frau immer stärker. Die ökonomischen Verhältnisse arbeiten darauf hin, jede Art der Produktion zu erschlagen, die nach Seite der Ausgiebigkeit, Leichtigkeit und Zeitersparniß nicht den Vergleich mit der modernen Großproduktion aushalten kann, also ein Minus (Weniger) an gesellschaftlichem Reichthum, ein Plus (Mehr) an Arbeit bedeutet. Die alten Arbeitsinstrumente, mit denen die gute Hausfrau sonst produktiv schaffte, sind fast ganz von der Bildfläche verschwunden. Das Spinnrad, der kleine Handwebstuhl, die Farbbottiche und Backtröge, für den Hausgebrauch berechnet, findet man beinahe nur noch in der Kumpelkammer.

Aber wäre sie auch die landläufigste Waare von der Welt, es würde der Arbeiterfamilie meist unmöglich sein, sich in den Besitz all dieser Arbeitsinstrumente zu setzen, es fehlt sozusagen am Anlagekapital — um so mehr, da sich deren Ankauf in keiner Weise lohnt. Wozu sollte auch die Frau selbst spinnen, weben und färben, wenn sie das mittelst des Großbetriebes hergestellte Zeug ebenso billig, ja vielleicht noch billiger haben kann, als sie beim Einzeleinkauf das Rohmaterial bezahlen muß? Die modernen Wirtschaftsverhältnisse haben nach der Seite hin die Frau von ihrer früheren Arbeit entlastet.

Allein diese Entlastung ist zunächst nur den Frauen der besitzenden Klassen zu gute gekommen, für deren Erhaltung die Nichtbesitzenden arbeiten. Zum Theil auch den Frauen des Kleinbürgertums, in dem der Mann noch thatsächlich vielfach als Erhalter und Ernährer von Frau

und Kindern auftritt, daß heißt wenigstens in dem Sinne, daß erstere nicht mehr durch produktive Arbeit zu ihrem Unterhalt und dem der Kinder beiträgt.

Daher gerade auch in den Kleinbürgerlichen Kreisen das Bedenken der heirathsfähigen Männerwelt, einen eigenen Heerd zu gründen.

Anderes stellte sich die Sache für den Arbeiter. Diesem war es unmöglich, einen Theil der Unterhaltskosten der Familie auf dritte Personen abzuwälzen. Was für dieselben an produktiver Thätigkeit der Frau fehlte, das mußte er durch eigene Ueberarbeit zu ergänzen suchen. Aber die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse brachte es mit sich, daß ihm dies immer seltener und immer unvollkommener gelang. Bei der Entwerthung der Menschenarbeit, dem Sinken der Löhne, der Unsicherheit des Erwerbs verdiente der einzelne Arbeiter nicht so viel, daß er allein eine ganze Familie erhalten konnte. Die Frau mußte also hier nach wie vor thätig bleiben, und da dies im alten Rahmen nicht durchführbar, d. h. wirtschaftlich nicht lohnend und ausgiebig war, so mußte sie es in einer anderen Sphäre werden, in welcher sie, unter den gleichen Voraussetzungen wie der Mann thätig, auch gesellschaftlich gleichwerthige Arbeit leisten kann.

Solche Arbeit fand sie nicht in, sondern nur außer dem Hause. Gesezt auch, daß sie als Schneiderin, Näherin u. zu Hause und nicht in der Fabrik arbeitete, so war es doch mit dem alten häuslichen Wirken vorbei, der Erwerb ließ keine oder nicht genügende Zeit für dasselbe frei. Mit dem „Hausfrausein“ als Beruf des weiblichen Geschlechts war es zu Ende. An Stelle der Hausfrau der alten Zeit, welche in den verschiedensten Produktionszweigen bewandert sein mußte, trat die moderne Berufsarbeiterin, welche in einem bestimmten Fach, in einer Spezialität thätig war.

Sobald die Frau als Berufsarbeiterin auftritt, wird der Schein zerstört, als ob dieselbe auf Kosten des Mannes existire, sie erweist sich als wirtschaftlich selbständige Existenz und entschließt damit der Abhängigkeit vom dem Manne.

Nun könnte zwar hier der Einwand erhoben werden: ja wenn dem so ist, warum darüber klagen, daß der Lohn des Mannes derart gesunken, daß er die Existenzbedingungen der Familie nicht deckt. Der Erwerb des Mannes allein hat dies zu keiner Zeit gethan. Es handelt sich also nur darum, in allen Fällen das Wirken der Frau den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Der Etat des Arbeiterhaushaltes wird sich dann wie in den „guten alten Zeiten“ im schönsten Gleichgewicht befinden, und jede Klage gegen die Rolle des Kapitalisten wird damit gegenstandslos.

Hierauf zur Antwort, daß es sich nicht nur darum handelt, den Etat der Arbeiterfamilie ins Gleichgewicht zu bringen, sondern auch in das rechte proportionelle Verhältnis zu der Produktivität der Arbeit, zu der Summe der vorhandenen Kultur, und zu den Leistungen, durch welche der Arbeiter zu derselben beiträgt. Die Produktivität der Arbeit ist kolossal gestiegen, und der Anteil, den der Arbeiter davon erhält, steht auch nicht in einem nur annähernd richtigem Verhältnisse zu dem, was er erzeugt. Und selbst wenn sich seine Existenzbedingungen im Vergleich zu der Vergangenheit gehoben haben, so halten dieselben doch keinen Vergleich mit denen der besitzenden, nicht arbeitenden Klassen aus. In keinem Zeitalter ist der Abstand zwischen Arm und Reich so groß gewesen, hat der erstere einen relativ so geringen Antheil an der Summe der vorhandenen Kultur gehabt, wie in der Ära der kapitalistischen Großproduktion.

Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die Frau früher durch ihre Thätigkeit im Hause dem Manne eine ganze Reihe von Verrichtungen abnahm, die es diesem erst möglich machten, ungehindert dem Erwerb nachzugehen. Ferner daß es die produktive Thätigkeit der Frau im Hause ermöglichte, gleichzeitig die Pflege und Aufzucht der Kinder auf sich zu nehmen. Dies ist der Frau als Berufsarbeiterin unmöglich oder nur in unvollkommener, den Zweck nicht erfüllender Weise möglich. Soll also die Frau als Berufsarbeiterin frei sein, ihren eigenen Unterhalt und den auf sie entfallenden Theil des Unterhalts der Kinder zu erwerben, so muß sie der früher auf ihr ruhenden Verpflichtungen des Familienlebens entzogen werden. Sie muß in die gleichen Bedingungen wie der Mann gestellt werden und kann sich nicht länger mit der Hausarbeit befassen.

Auch die Aufzucht und Pflege des Kindes — soweit dieselbe nicht durch natürliche Beziehungen für das erste Kindesalter an die Person der Mutter gebunden ist — entgeht den Händen der Frau.

Die Gesellschaft muß in der Folge Einrichtungen bieten, auf welche die bisher von der Frau im Hause geübte Thätigkeit übergeht.

In gesellschaftlich organisirter Weise muß allen Mitgliedern der Familie alles geboten werden, was die Frau bisher individuell für dieselben leistete. Die Gründung von im Großen funktionierenden Waschk-, Plätt- und Speise-Anstalten wird zu einer Forderung der Nothwendigkeit, desgleichen die Errichtung von wirklich guten Kleinkinderbewahranstalten, Kindergärten, Erziehungsanstalten aller Art. Die bestehende Gesellschaft bietet schon derartige Einrichtungen, allein diese sind der Regel nach durchaus embryonär und mit all den Gebrechen behaftet, welche die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse unvermeidlich begleiten.

Diese sich empfindlich fühlbar machenden Gebrechen sind der Grund, weshalb viele die größten Vorurtheile gegen Güte und Zweckmäßigkeit derartiger im Großen

funktionirenden Anstalten hegen. Gewiß, wir finden heute großartige Waschanstalten, Speisehäuser, Volksküchen u., welche einen großen Theil der Hausarbeit für die Familie überflüssig machen können. Allein die Mehrzahl derartiger Anstalten sind bloße kapitalistische Unternehmungen, denen das fühlbar gewordene gesellschaftliche Bedürfnis Gelegenheit zur Profitmacherei liefert, und die mithin zu dem Zwecke existiren, für möglichst hohen Preis möglichst wenig zu bieten. Die Arbeiterfamilien können auch aus dem Grunde nur geringen Nutzen aus ihnen ziehen. Bieten die Einrichtungen Gutes, so kann der Arbeiter in der Regel die Kosten nicht erschwingen, sich dieselben zu nutz zu machen. Stehen sie zu billigen Preisen zur Verfügung, so ist das Gebotene meist so schlecht, daß der Arbeiter vorzieht, mit Verlust und Ueberanstrengung der Frau zu Hause weiter zu wirtschaften. Ueber die sogenannten philanthropischen Anstalten braucht man nicht erst ein Wort zu verlieren. Die Arbeiter haben die „Bettelsuppen“ der großherzigen Bourgeoisie nach Verdienst schätzen gelernt. Ueberhaupt hat der Arbeiter nicht nöthig, aus der linken Hand als Almosen zu empfangen, was ihm mit der rechten genommen worden ist.

Das Gleiche gilt von den Erziehungsanstalten, welche dem Volke zur Verfügung stehen, und die alles in allem meist Werkzeuge der Klassenherrschaft sind. Ihr Hauptzweck ist nicht die Entwicklung aller im Kinde schlummender Keime, sondern das Hineindrillen in eine Schablone, welche sich mit den Vortheilen der Herrschenden und Besitzenden verträgt. Sollen wirtschaftliche, sowie Erziehungsanstalten thätig für das Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Zweck erfüllen, so dürfen sie keine auf Gewinn berechnete Privatunternehmungen sein, sondern müssen gemeinnützige Volksanstalten, im vollen Sinne des Wortes werden. Es darf nicht dem Profitgier des einzelnen überlassen werden, derartige Einrichtungen ins Leben zu rufen, sondern ihre Organisation muß von Staat und Kommune in die Hand genommen werden.

Die Gründung von wirtschaftlichen und Erziehungsanstalten durch die Gesellschaft ist die nothwendige Folge des Auftretens der Frau als Berufsarbeiterin und der dadurch bewirkten gesellschaftlichen Verhältnisse.

Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung.

III.

v-n. Seit der Judenemanzipation sind Jahrzehnte verfloßen. Die Industrie in Deutschland hat die kleinen und für unsere modernen Begriffe zwerghaften Produktionsinstrumente zu riesenhaften Produktionsrädern entwickelt. Alle Zollschranken zwischen den einzelnen deutschen Staaten und zwischen den Städten desselben Landes, welche dem Ausdehnungsbedürfnis des industriellen und kaufmännischen Kapitals entgegengetreten waren, sind gefallen; jauchzend ergoß sich die Hochfluth industrieller Unternehmungen darüber hin, die Bourgeoisie ist kapitalstark geworden weit über die Grenzen ihrer eigenen Träume hinaus. Die einzelnen industriellen und häufig auch die kaufmännischen Anlagen sind so lawinenartig angeschwollen, daß sie über den Kopf des einzelnen hinauswuchsen und als Eigentum von Aktiengesellschaften ihre gesellschaftlichen Eigenschaften enthüllen mußten.

Von Mangel an Kapital, wie in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts ist keine Rede mehr. Mit dem Werkzeug der Maschine hat der Kapitalist den Arbeitstag des Arbeiters so sehr ausgedehnt, die Arbeitskraft desselben so sehr angepannt, daß die besitzende Klasse in der Lage ist, einen Mehrwerth aus dem Arbeiter herauszuschlagen, wie selbst die Sklavenbesitzer ihn nicht aus ihren besetzten Werkzeugen gewinnen konnten. Außerdem hat der Arbeiterstand, welcher die Genüsse kennen lernte, die auf dem Boden moderner Produktion für die Kapitalisten wuchsen, ihnen einen solchen Geschmack abgewonnen, daß er in aller Stille seine Vorurtheile ablegte und einen großen Theil seines Besitzes in die bürgerliche Produktions-sphäre hineinwarf.

Durch all diese Umstände ist die Kapitalmenge in einer Weise in's Ungeheure gewachsen, daß sie nicht mehr völlig in den Produktionsprozeß eingehen kann. Der Zinsfuß, d. h. der auf 100 Mark berechnete Mehrwerth der nationalen Produktion, geht von Jahr zu Jahr zurück, weil der Gesamtmehrwert auf einen großen Theil des Nationalvermögens vertheilt werden muß, welcher zu wirtschaftlicher Fruchtlosigkeit verurtheilt ist, weil er nicht mehr vom Produktionsprozeß konsumirt werden kann. In folge der blühenden Entwicklung der industriellen Epoche haben sich so viele Geister dem Mehrwerthverlangen zugewandt, daß auch hierin nicht alle Kräfte konsumirt werden können, welche geweckt sind. Die wirtschaftlichen Ursachen, welche der Judenemanzipation ursprünglich zu Grunde lagen, sind in dieser Beziehung überwunden.

Der germanische Kapitalist bedarf nicht mehr des Kapitals und der kaufmännischen Talente der Juden; das erste besitzt er in so reichem Maße, die letzteren hat er ihnen selbst so täuschend abgelernt, daß er in den Juden seine Konkurrenten zu sehen gewohnt ist, die einen Theil des Mehrwerths auch in ihre Geldbörse stecken lassen. Darum denkt er jetzt über die Judenemanzipation anders. Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen! Nun hält der christlich-germanische Kapitalist die Judenemanzipation für einen Irrthum, begangen in der unklaren Gedankenwelt seiner Jugendjahre. Seine Gefühlswelt hat sich ja nie geändert! Persönlich hielt er ja stets den Juden für einen Menschen zweiten Ranges. Nur

sein Kopf hatte die Judenemanzipation mitgemacht. Nun hält er in der einen Hand die Traktate der frommen Missionsgesellschaften, in der anderen seinen Geschäftskatalog und schwärmt für die Zeit, in welcher die schönen „Verdienste“ der Industrie und des Handels nur noch in christlich-germanischen Taschen fliegen.

Und wenn manchmal die echte und rechte Vertreterin des christlich-germanischen Kapitals, die nationalliberale Partei, gegen die antisemitische Kreuzzeitungs- und Stöckerlique Front macht, so geschieht es wahrlich nicht um der Juden willen, wenn auch diese häufig als Zankapfel genannt werden. Ganz andere Ursachen liegen diesen Streitigkeiten der beiden „staatserkhaltenden“ Parteien zu Grunde.

Wie die feudale Junkerklasse, die herrschende Klasse des Mittelalters, das beschränkte Prinzip ihres eigenen Standes zum Prinzip des ganzen Staates gemacht und das Gepräge ihres eigenen Klassencharakters der mittelalterlichen Politik aufgedrückt hat, so trug auch in der Neuzeit die herrschende Bourgeoisie den Krämergeist ihres Komptoirs in die Sitzungssäle der gesetzgebenden Körperschaften, in die politischen Strömungen des Tages hinein. Als tüchtige Geschäftsleute haben diese politischen Opportunisten längst eingesehen, daß politische Ideale der Menschheit zwar nützen können, doch den Geldbeutel des einzelnen Kämpfers nicht zu füllen, sondern eher zu leeren pflegen. Darum treiben sie lieber Politik entsprechend dem Deber und Kredit ihres Geschäftslebens und, um die häßlichen, schlottigen Glieder ihrer rückgrats- und charakterlosen Partei zu verbergen, hängen sie ihr einen in unctionen, marktstreuereisen Farben glänzenden Raatel um, genannt: nationale Gesinnung. Die ihren Geschäftspraktiken entlehnte Politik nennen sie reale Politik. Je nach dem das Geschäftsinteresse es erheischt, legen sie den Nachdruck bald auf das „Nationale“, bald auf das „Liberale“ ihrer Politik, wieweil eine solche Geschäftspartei nie anders als reaktionär sein kann.

Dieselben Geschäftspraktiken auch in ihrer Stellungnahme gegen das Judenthum!

In den letzten Jahren haben sie stets mit den Antisemiten geliebäugelt. In mehreren nationalliberalen Versammlungen in Berlin ist der berechtigte Kern in der antisemitischen Bewegung von Führern der nationalliberalen Partei anerkannt worden; in Siegen verdankt der „Heros“ Stöcker seine zweimalige Wahl in den Reichstag dem energischen Eintreten der nationalliberalen Wähler; in das Kartell ist der antisemitische Flügel mit Freuden aufgenommen worden und wird auch ferner unter der konservativ-nationalliberalen Fahne kämpfen.

Solange die exponirten Vertreter des Antisemitismus an der Seite der Vertreter der reaktionär gefantten Bourgeoisie marschiren, schaut die letztere mit freundlich-verständnisvollem Blick auf die Thätigkeit des „zweiten Luther“.

Diese Vertreter des Antisemitismus sind zum großen Theile zugleich Vertreter der mittelalterlichen sozialpolitischen Anschauungen, in ihrem Glauben noch bestärkt durch eine Reihe feudaler Ueberreste, welche die energielose Bourgeoisie im Jahre 1848 nicht wegräumen im Stande gewesen war. Diese Ueberbleibsel aus weiter Vergangenheit repräsentiren noch eine so starke Macht, daß die feudale Junkerpartei im Besitze derselben eine einflussreiche sozialpolitische Stellung in Deutschland einnimmt. Sobald nun diese von den nationalliberalen Mannesgeiern gar sehr gefürchtete Partei es sich einfallen läßt, Reaktion in ihrer eigenen Weise zu treiben und die Zeit für gekommen hält, in welcher man einige feudale und „schneidige“ Karitäten aus der Kumpfkammer der „schönen, frommen Verzagenheit“ herausholen und zu neuem Leben organisiren könnte, dann erheben dieselben nationalliberalen Ehrenmänner, welche früher einen Stöcker gewählt haben und Schulter an Schulter mit dem Antisemitismus in den Wahlkampf gezogen sind, Entrüstung gegen den von der extrem konservativen Partei agitatorisch vertretenen „erzreaktionären“ Antisemitismus. Den Antisemitismus schlägt man, und die junkerlichen Interessen meint man. Denn der nationalliberale Kapitalist hält die moderne Welt in 'so überzeugter Weise für die schönste, daß er in hellen Zorn geräth bei dem Gedanken, daß die vergangenen Zeiten zurückgewünscht werden, in denen seine Vorfahren der Schmelzsporenkünder Junkerfüße waren.

Gegen die ultrakonservativen Bestrebungen erinnert er sich plötzlich seiner liberalen Vergangenheit und sieht sich so in die Augurenrolle versetzt, den Antisemitismus zu bekämpfen, der ihr zur Zeit des ruhigen Friedens mit freudiger, wohlverwandtschaftlichem Gefühle erfüllt. Gegen den Liberalismus bestreiten die nationalliberalen Ritter das nationale, gegen die feudalen, antisemitischen „nationalen“ Junker das liberale Ross, während sie in Wahrheit in der Politik reaktionär, in ihrer sozialen Thätigkeit international sind. Der Handelsmann nennt ein solches Herumeln und Schwanken mit System: Geschäftskniff; in der Politik nennen sie es heute euphemistisch Realismus.

Das Kartell und der Militarismus.

Angelehnt an die neuen militärischen Forderungen im Reichshaushaltsplane für 1890/91 liegt ein Rückblick auf die Militärbewilligungen des Kartellreichstags und ein Vergleich derselben mit denjenigen seines Vorgängers sehr nahe. So wies neulich die „Dem. Korr.“ ganz richtig auf Folgendes hin:

Während wir in dem vierjährigen Abschnitt von 1881/82 auf 84/85 insgesammt für militärische Zwecke

1844,7 Mill. aufgewendet haben, werden die letzten vier Jahre für die gleiche Position 2807,8 Millionen verschlingen.

Nahezu eine Milliarde kostet uns also das Angstprodukt vom 22. Februar 1887. Das sagt eigentlich schon genug.

Noch untröstlicher aber wird das Zahlenbild, wenn man die von den betreffenden Volksvertretungen bewilligten Militärausgaben in die fort dauernden einerseits, und die einmaligen sowie außerordentlichen andererseits trennt.

Da ergibt sich nämlich, daß von 1881/82 auf 1884/85 von einem Reichstage, der, wie schon betont, in Militärfragen durchaus nicht knauferte, die fort dauernden Ausgaben für Kriegszwecke (Heer, Marine, Militär-, Marine- und Invalidenpensionen) auf einem ziemlich gleichmäßigen Niveau gehalten wurden, so daß sie am Ende der Periode ungefähr gerade so viel, wie zu Anfang derselben, nämlich 419 Millionen betragen. Das ging damals. Der Kartellreichstag dagegen hat bereits die fort dauernden Ausgaben für Militärszwecke fortwährend und unbedenklich steigen lassen. Seine erste That war, dieselben plötzlich von 419 auf 450 Millionen erhöhen zu helfen und er scheidet mit der Aussicht, diesen Posten bei einigem guten Willen, der ihm ja nie fehlte, auf 474 Millionen zu bringen, wie der neue Etat vorschlägt, also nahezu auf eine halbe Milliarde.

Das ist aber immer noch nichts gegen die Zunahme der einmaligen und außerordentlichen Heeresausgaben, welche wir dem Angstprodukt von Volksvertretung seit 1887 verdanken. Um 40-50 Millionen drehte sich 1881/82 bis 1884/85 jährlich die Summe der bezeichneten Posten. Wahrhaft Kleinlich sehen diese Summen aus gegen die jährlichen Bewilligungen der letzten Periode. Unter 200 Millionen geht es kaum in einem Jahre und das Ergebnis wird sein, daß seit den **Angstwahlen für einmalige und außerordentliche Heeresausgaben praeter propter 944 Millionen**, also rund eine Milliarde, gegen nur 177 Millionen in der vorhergehenden Periode, bewilligt sind. Während früher die einmaligen und außerordentlichen Militärausgaben naturgemäß hinter den fort dauernden weit zurückblieben, kommen sie denselben jetzt stellenweise beinahe gleich.

Die Anganwendung dieser Statistik kann sich jeder Denkende selber machen.

Reichstag.

Wir bringen von heute ab nach den Stenographischen Berichten eine Uebersicht aller Verhandlungen in Broschürenform als Extrabeilage.

Nach Schluß der Session liefern wir dazu noch ein eingehendes Inhaltsverzeichnis und einen zusammenfassenden Rückblick, sodah jeder Abonnent ein ausführliches parlamentarisches Hand- und Nachschlagebuch erhält, das ihm in der kommenden Wahlbewegung gute Dienste leisten dürfte.

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten, so weit der Vorrath reicht, die bisher erschienenen Beilagen gratis nachgeliefert.

Da wir heute die wichtigen Verhandlungen der vorigen Woche nochmals wiedergeben mußten, so bitten wir das Zurückbleiben des Berichtes von dieser Woche zu entschuldigen. Schon unser ständiger Raummangel zwang uns dazu. Von nächster Nummer ab werden wir alles nachgeholt haben.

Wir geben heute kurz folgende, dem „Leipziger Wähler“ entnommene Uebersicht:

Aus den jetzt im Reichstag stattfindenden Redetouren geht die Sozialdemokratie unbestritten mit Erfolg hervor.

Auf die Ausführungen Singers in der Montags-Sitzung (Rechenschaftsbericht) erwiderte der das Sozialistengesetz im Reichstag zum erstenmal vertretende Minister des Innern, Herrfurth, welcher zugab, daß er das Bestreben der sozialdemokratischen Arbeiter, so viel Abgeordnete wie möglich in den Reichstag gewählt zu sehen, für vollständig berechtigt halte, so weit sie sich, wie das vielfach geschehe, auf gesetzlichem Boden bewegen. Weiter führte der Minister aus, daß sich das Gesetz nur gegen die „Auswüchse“ der Agitation richte, nicht gegen die Agitation an sich. Auch sprach er sich scharf gegen die Agitation provokateurs (Sodspiegel) aus und erklärte, daß er eine derartige Einrichtung in seinem Ressort nicht dulden werde. Öffentlich schreiben sich alle deutschen Polizeibehörden diese Erklärung hinter die Ohren, damit die Thring-Wahl, Wohlgegnung endlich von der Bildfläche verschwinden. Nebenbei bemerkte Herr Herrfurth (besonders sich an die Nationalliberalen wendend), daß die verbündeten Regierungen auf den kleinen Belagerungszustand nicht verzichten können. Ein verständnißvolles Nicken aus den Reihen der Nationalliberalen bewies, daß der Wirt wohlverstanden worden war.

Seitens der Sozialdemokraten ergriff sodann der Abgeordnete Frohme das Wort und nach diesem der freisinnige Abg. Barth, welcher einen Vergleich mit dem englischen Doctarworkerstreik anstellte und die Maßregeln des Belagerungszustandes namens der freisinnigen Partei als nicht genügend begründet erachtete. Seitens der Konservativen betheiligte sich diesmal — im Gegensatz zu früher — auch ein Redner an der Debatte, und zwar der sächsische Oberstaatsanwalt Hartmann. Diesem sowohl als auch dem Minister erwiderten dann Singer und Frohme.

Am Dienstag (erste Verathung des Sozialistengesetzes) leitete nicht, wie erwartet wurde, ein Regierungsvertreter die Debatte ein, sondern einer der tüchtigsten Redner des Zentrums, der circa 80-jährige Peter Reichensperger, welcher erklärte,

nicht nur gegen das neue Sozialistengesetz, sondern gegen jede Verlängerung des alten Ausnahmegesetzes zu stimmen. Die Schuld an dem Wachsen der Sozialdemokratie sei einzig und allein der herrschende Unglaube. Seitens der Nationalliberalen wand sich Abg. Cunn um eine bindige Erklärung der Partei herum. Seitens dieser Partei erwartet man eben höheren Befehl. Sodann ergriff Liebknecht das Wort, auf den Ursprung des Sozialistengesetzes zurückgreifend, und unterzog dessen Wesen, Zweck und Wirkung einer Kritik, die das ganze Haus fesselte. Bei der Neuerung, daß die Krone im Deutschen Reiche zur Partei geworden sei, zog er sich einen Ordnungsruf zu.

Mittwoch sprachen Dr. Hartmann für die Konservativen, Herrfurth und Held für den Bundesrath, Munkel für die Freisinnigen, Nobbe für die Reichspartei und Rosjelski für die Polen.

Donnerstag Schluß der Sozialisten-debatte und Verweisung an eine Kommission. Es sprachen noch v. d. Decken (Deutschhannoveraner), Kulemann (natlib.) und Bebel, letzterer nochmals alle Gründe gegen das Gesetz zusammenfassend.

Für alles Nähere verweisen wir auf die Beilage zur folgenden Nummer.

Verschiedenes.

Die Reichstagswahlen sollen, so erfahren national-liberale Blätter aus Regierungskreisen, möglichst nahe nach dem Schluß der Reichstags-session angelegt werden. Ob schon Anfang Januar oder etwas später, darüber werde erst die Entscheidung getroffen werden, wenn sich die Ausdehnung der Reichstags-session genauer übersehen lasse. Die Regierung gehe von dem Wunsch aus, die Wahltagitation „keinen breiteren Umfang, als nöthig ist“, annehmen zu lassen.

— Verein der freien Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsge. Dienstag, den 12. November, Abends 9 Uhr bei Zentner, Münzstr. 11, Mitglieder-versammlung.

— Freie Vereinigung der Hausdiener Berlins. Mittwoch, den 13. Nov., Abends 9 Uhr, bei Gratwells, Kommandantenstraße 77/79 I., große Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Der Kampf ums Dasein.“

Freireligiöse Gemeinde. Da unsere Beilage bereits Donnerstag Abend gedruckt wurde, so ging uns die Nachricht von der Sperrung zu spät zu. Sonst hätten wir die Annonce zurückgewiesen.

Besamentiere, Sattler, Wahlverein G, Lackierer, alles zu spät.

Stadtverordnetenwahl. Wir machen seit Jahr und Tag fast in jeder Nummer darauf aufmerksam, daß alle längeren Einsendungen bei uns spätestens bis Donnerstag Mittag eintreffen müssen. Bis Freitag früh war uns noch nicht eine Zeile zugegangen. Wir haben nunmehr mit Herrn K. vereinbart, daß die Bezirke uns als Extrabeilage geliefert und so womöglich dieser Nummer für Berlin noch beigelegt werden. Der Druck unserer Beilage beginnt bereits Donnerstag Abend, der unserer Hauptblattes Freitag Mittag.

R. Baginski, Buchhandlung.

Ich eröffnete in der City-Passage, Dresdenerstr. 52/53, Laden 14, eine

Buchhandlung für Arbeiter.

Alle für Arbeiter geeignete Bücher und Zeitschriften stets vorrätzig. Moderne realistische Dramen und Romane. Theilzahlung gestattet. Einrichtung ganzer Bibliotheken für Fachvereine. Kolporture hoher Rabatt. Versand nach auswärts.

Albert Auerbach,

Berlin S, Kottbuserdamm 7.

Schuh- und Stiefel-Lager

für Herren, Damen und Kinder.

Reelle Bedienung. — Feste Preise.

Grosse General-Versammlung

des sozialdemokratischen Wahlvereins im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Dienstag, den 12. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Bölow's Brauerei, Prenzlauer Thor.

Tagesordnung:

1. Die wirthschaftlichen Umwälzungen und die Sozialdemokratie. Referent: Herr Albert Auerbach.

2. Diskussion.

3. Aufstellung eines Kandidaten für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis.

4. Verschiedenes und Fragelasten.

Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Die Wähler des 5. Berliner Reichstagswahlkreises sind hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

Der Arbeitsnachweis

der Klavierarbeiter

befindet sich jetzt Rammstr. 78, im Restaurant Winger. Die Adressenansgabe findet jeden Abend von 8-9 1/2 Uhr u. Sonntags Vormittags von 10-11 1/2 Uhr unentgeltlich statt.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins.

Der Arbeitsnachweis

befindet sich Dresdenerstraße 116 bei Wendt. Die Arbeitszuweisung ist unentgeltlich, auch an Nichtvereinsmitglieder und geschieht an Wochentagen von 8-9 Uhr Abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr Vormittags.

Arbeitsnachweis der Maler

früher Mitterstr. 123 bei Soditz, jetzt Dresdenerstr. 116 (Restaurant Wendt). Jeden Abend von 8-9 Uhr (außer Sonnabend) und Sonntags Vormittag von 10-12 Uhr unentgeltliche Arbeitsvermittlung.

Die Bevollmächtigten der Filiale I.

Große öffentliche Versammlung der Bildhauer Berlins.

Dienstag, den 12. Oktober Abends 8 Uhr, in Sanssouci, Kottbuserstraße 4a.

Tagesordnung:

1. Die neueste Agitation des Vereins der selbständigen Bildhauer Berlins und was haben die Gehilfen dagegen zu thun?

2. Diskussion und Verschiedenes.

Tellersammlung findet statt.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Einberufer.

Hierdurch zeige ich meinen geehrten Kunden an, daß sich jetzt meine

Buchhandlung und Buchbinderei in der

Mariannenstr. 34, part.,

R. Kohlhardt.

befindet. **Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin**

von **Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.**

Reelle Waare. Prompte Bedienung.

[47]

Verantwortlicher Redakteur: Max Schippel, Berlin. — Druck und Verlag: F. Posekol, Berlin S. O., Oranienstraße 28.

Große öffentliche Versammlung

der Töpfer Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 12. d. M., Abends 7 Uhr im Schweizergarten am Königsthor.

Tagesordnung:

1. Die Statistik und ihr Werth.

2. Der Streik der Kollegen in Bunsau.

3. Gewerblichliches.

Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.

Um recht zahlreiches Erscheinen der Kollegen bittet

Der Einberufer: C. Thieme.

Nowawes. Volksthümlischer Wahlverein.

Sonntag, den 10. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, im Lokal Zühmann

Ausserordentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches.

2. Vortrag des Herrn W. Berner aus Berlin: Die deutschfreisinnige Partei und die Arbeiter.

3. Diskussion.

4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Oeffentliche Versammlung der Schlosser und Maschinenbauarbeiter Berlins.

Dienstag, den 12. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Gottschalk, Badstraße 25.

Tagesordnung:

1. Der achtstündige Normalarbeitstag und welche Bedeutung hat derselbe für die Arbeiter. Referent: Albert Schmidt.

2. Diskussion.

3. Verschiedenes.

J. A. der Agitationskommission: C. Birch.

Sattler.

Die geplante öffentliche Versammlung zum Sonntag erhielt nicht die polizeiliche Genehmigung.

Fachverein der Tischler

(für den Osten.)

Versammlung

am Sonntag, den 10. November 1889, Vorm. 10 Uhr, im Lokale von Saege, Grüner Weg 29.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Bötsche über die Zukunft der Erde nach den Forschungen der Astronomie.

2. Diskussion.

3. Werkstatt-Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

Kollegen als Gäste willkommen.

Der Bevollmächtigte.

Herbstlied eines Chinesen.

Wir sind nicht reif!

Das ist das Lied, das sie gesungen haben
Jahrhunderte lang uns armen Baijantuben,
Womit sie uns noch immer beschwichtigen,
Des Volkes Hoffen immer vernichten,
Den Sinn der Bessern immer dethronen
Und uns're Zukunft immer zerstören.

Wir sind nicht reif?

Reif sind wir immer, reif zum Glück auf Erden,
Wir sollen glücklicher und besser werden.
Reif sind wir, uns're Leiden zu klagen,
Reif sind wir, uns're Wünsche zu sagen.
Reif sind wir, euch nicht mehr zu ertragen,
Reif, für die Freiheit alles zu wagen.

Hoffmann v. Fallersleben.

[Nachdruck verboten.]

Nur eine Kellnerin.

Von

John Henry Mackay.

(Fortsetzung.)

Hans Grüzmeyer reiste nicht mit dem Frühzuge, sondern erst am Nachmittage. Den ganzen Morgen war er innerlich so unruhig, wie er es bei sich nicht kannte. Er wußte wohl, was es war: er hätte Maxl noch gern einmal gesehen. Es war ihm, als müßte noch etwas zwischen ihnen ausgesprochen werden, wozu nur heute noch die Gelegenheit sei. Es quälte ihn beinahe. Aber doch nicht so, daß ihm sein Mittagessen nicht vorzüglich geschmeckt hätte.

Er saß im Wagen und hatte Befehl gegeben, nach dem Bahnhof zu fahren. Als er auf seine Uhr sah, sah er, daß er noch über eine Stunde Zeit hatte und schnell entschlossen rief er dem Kutscher den Namen einer Straße zu, welche an jene grenzte, in welcher Maxls Kneipe lag. Während der Wagen weiter rollte, dachte er daran, was wohl Maxl sagen würde, wenn er doch noch einmal wieder käme. Er suchte nach einem Vorwand. Vielleicht, wenn er angab, ihr noch ein kleines Abschiedsgeschenk bringen zu wollen? Und sehr befriedigt mit dieser Idee ließ er bei dem nächsten Goldschmiedladen halten und kaufte ein billiges Armband, welches weit werthvoller aussah, als es war.

Als der Kutscher hielt, hieß er ihn warten, bis er wiederkäme. Er vergaß sogar nicht, sich die Nummer des Wagens zu merken, damit der Kutscher nicht etwa Lust bekommen sollte, mit seinem Gepäc fortzufahren. Als er aber einen Blick in das alte, müde Gesicht des ehrlichen Weißbierberliners warf, kam ihm dieser Verdacht selbst lächerlich vor.

Er ging schnell die Straße hinunter. Er konnte ein gewisses, unbehagliches Gefühl nicht unterdrücken, darum ging er immer schneller, trotzdem er bei der Gluth wie in Schweiß gebadet war.

Er stand vor der Thür. Da trat er einen Augenblick zurück und unter das Fenster, an welchem er Maxl zum ersten Male gesehen hatte. Er glaubte ihre Stimme gehört zu haben. Die Straße war leer. Das Fenster stand offen. Er drückte sich dicht an die Mauer. Da hörte er über seinen Kopf fort ihr helles, lustiges Lachen schallen, laut und anhaltend. Dann sprach sie, aber er konnte ihre Worte nicht verstehen.

Da ging Hans Grüzmeyer plötzlich schnell und ohne sich umzusehen den eben gekommenen Weg zurück, warf sich in seine Droschke und fuhr mit bösem, geärgertem Gesicht zum Bahnhof.

Er war tief getränkt. So konnte sie also lachen, wenige Stunden nach der Trennung! Es nagte an ihm. Diese Gleichgültigkeit hatte er nicht erwartet.

Er wußte nicht, daß es vielleicht das letzte Lachen des Mädchens gewesen war, welches er gehört hatte.

Als ihn der Zug in den nächsten Stunden durch die öde, verfestigte Gegend trug, dachte er wieder an die letzten Wochen, mit denen er nun endlich und für immer abgeschlossen zu haben glaubte.

Sein Aerger ließ nach, ja er dachte sogar mit einer Art Zufriedenheit an seine Handlungsweise Maxl gegenüber, wenn er sich zurückdrief, daß er doch eigentlich sehr edel und uneigennützig an ihr gehandelt habe. Wer hätte das an seiner Stelle gethan?

Nichts hatte er von ihr verlangt für das, was er ihr gewesen. Und er war ihr doch viel gewesen, sie hatte es ihm selbst gesagt. Rein und tadellos — ja, so war ihr Verhältniß gewesen, wie zwischen Bruder und Schwester beinahe — und innerlich befriedigt schaute er zum Fenster hinaus. Dann dachte er wieder an seine Zukunft. . . Aber immer wieder drängte sich doch Maxls Bild vor seine Augen. Er glaubte zuletzt wirklich, daß er sie geliebt habe. So hatte denn auch seine Jugend ein kleines Stück Romantik erhalten, welches eine hübsche Erinnerung für sein Leben bleiben würde. Und er lächelte vor sich hin. . .

Das alles hinderte ihn aber durchaus nicht, in der größeren Stadt, welche zwischen Berlin und seinem Heimaths-

ort lag, die Nacht zu bleiben und sie bei einem Frauenzimmer zu verbringen, welches er sich auf der Straße auslas.

Als er das Weib am nächsten Morgen verließ, schenkte er ihr das Armband, welches Maxl sich durch ihr Lachen verschert hatte. Dann reiste er mit dem ersten Zuge weiter.

II.

Für Maxl Braun folgten wieder die eintönigen Wochen einer Beschäftigung, an welche sie sich zwar immer mehr und mehr gewöhnte, welche sie aber doch zu Zeiten recht anwiderte. Die wenigen Studenten, welche sonst wohl ab und zu gekommen waren, waren in den Ferien, und unter ihren anderen Gästen war niemand, mit dem sie gern gesprochen hätte. So kam es, daß sie oft an Hans Grüzmeyer dachte; und dann tauchte stets wieder der eine glänzende Abend im Café Bauer und der Sonntag auf der Spree vor ihr auf. An diesen kargen Erinnerungen lehnte sie immer wieder, denn sie besaß keine anderen. Alles andere war Staub und Arbeit und Elend, wohin sie sah in ihrer ganzen Jugend. Jedoch sie dachte nicht oft an ihre Kinderjahre. Sie wollte diese Zeit vergessen und es mußte ihrem Willen gelingen.

An Hans dachte sie mit Dankbarkeit. Sie glaubte ihm viel schuldig zu sein. An diese Dankbarkeit knüpfte sich eine Zuneigung, welche jedoch weit entfernt von Liebe war.

Da wurde sie plötzlich krank.

Unterdessen war Hans Grüzmeyer wieder in den Lebenskreis eingetreten, in welchem er sich so lange bewegt hatte während seiner Jugend; und von dem ersten Tage, von der ersten Stunde an fand er den kleinen, kurzathmigen, engen Ton ganz von selbst wieder, in welchem alle diese Menschen sprachen, und welchen er in nichts verlernt hatte während der Jahre, welche er draußen — in der Welt gewesen war, in nichts, mochte er auch diese Jahre ganz anders gesprochen haben. In der Enge dieser Verhältnisse, in welchen jede freiere Natur erstickt wäre, bewegte er sich sicher und behaglich. Keine Anforderung trat an ihn heran, welche er nicht leicht im Stande gewesen wäre zu erfüllen, und — was er unbewußt am angenehmsten empfand — jene leisen Zweifel, welche so unbehaglich waren, an sich selbst und anderem, hier schwiegen sie vollständig. Denn nichts war da, was sie hätte erwecken können. Seine Eitelkeit sog Nahrung aus seiner gesellschaftlichen Stellung, welche durch seinen Vater eine sehr geachtete war, und die Pflichten seines neuen „Berufes“ — sie waren so gering und dabei doch völlig schützend gegen jeden etwaigen Vorwurf der Unthätigkeit.

Als er ungefähr einen Monat zu Hause war, erhielt er eines Tages von dem Briefboten, welchem er zufällig an der Thür begegnete, den folgenden Brief.

Berlin, den 10. 8. 88.

„Lieber Hans!

Du hast mir einmal gesagt, wo Du wohnst, das ist mir wieder eingefallen ich habe Dir nicht schreiben wollen aber ich weiß nicht, was ich thun soll. Schon glaubte ich mich von allen verlassen, da erinnerte ich mich Deiner und klammerte mich an die Hoffnung, die einzige, welche ich noch habe, fest und dachte vielleicht hilft mir der, ich bin sehr krank, nicht lange nach Deiner Abreise und mußte vom Geschäfte zu Hause gefahren werden. Es wurde der Arzt geholt und er hat meine Wirthin — die ist aber sehr arm — sie sollte sich meiner annehmen, denn ich wäre so übel daran; nun bin ich in der größten Noth, ich habe keinen Pfennig Geld mehr und keinen Menschen, an den ich mich wende. Ich bin jetzt allein, kein Mensch weiß, daß ich schreibe. Ach, es wird mir so schwer an Dich zu schreiben, ich hätte das nie gedacht, aber was soll ich thun in meiner Angst und Verzweiflung, heute ist der zwölfte Tag, daß ich zu Hause gebracht wurde, drei Tage lag ich zwischen Leben und Tod, meine Eltern, denen darf ich doch nicht schreiben und ich will es auch nicht, lieber verhungere ich, o Hans! hätte mich der liebe Gott lieber sterben lassen, alles ersparte, es war ja sehr wenig, aber das letzte habe ich heute hergegeben zu einer Taube. Ich darf nur Suppe von Dohn und Taube essen, heute ist der erste Tag, daß ich zweimal essen darf. O Hans! hätte mich der liebe Gott lieber sterben lassen! Lieber Hans! ach erbarme Du Dich meiner, ich habe keinen Menschen sonst mehr an den ich mich wende, wenn ich wieder gesund bin, werde ich Dir alles mit dem größten Dank zurücksenden, entschuldige nur die Schrift, aber ich schreibe ja im Bett und dabei habe ich die Angst, jeden Moment kommt wer herein, sie dürfen ja nicht sehen, daß ich schreibe. Ich weiß nicht mehr wo mir der Kopf steht, am 15. die Miethe, dann Essen, Wäsche und Alles. Die Tochter von meiner Wirthin besorgt mir den Brief, o bitte laß mich nicht warten. Lebe wohl, mir wird so schlecht, mit Gruß

Deine Maxl.“

Und querüber über der ersten Seite stand noch einmal mit großen, zitternden Buchstaben: „Laß mich nicht warten!“ Hans Grüzmeyer starrte auf den Brief, den er in der Hausthür stehend aufgerissen und durchgesehen hatte. Dann sah er auf das in der Haste zerrissene Couvert. Da stand mit großen, ungelenten, aber klaren Buchstaben sein Name: „An Herrn Hans Grüzmeier am Gericht“ und der Name der Stadt. Und auf der Rückseite ihre Adresse. Eine Straße in Berlin, die er nie hatte nennen hören; im dritten Stod.

Dann war sein erster Gedanke: wie gut, daß ich den Postboten zufällig getroffen habe! Wenn nun jemand aus meiner Familie den Brief gesehen hätte!

Er sah sich um. Aber das Haus und die Straße waren still und ruhig. Niemand hatte ihn sehen können.

Dann ging er schnell in sein Zimmer, warf sich in den Lehnstuhl und las den Brief noch einmal vom ersten bis zum letzten Wort, mit jener peinlichen Genauigkeit, mit welcher er seine Geschäftssachen zu lesen pflegte.

Er saß da mit zusammengekniffenen Lippen; auf der Stirne eine kaum merkbare Falte, in dem hellen, schönen Zimmer und sah auf den Brief, auf die ungelenten, im Anfang krampfhaft graden, gegen Ende immer undeutlicher und zitternder werdenden Linien, das zerknitterte, nicht ganz reine Papier und es fiel ihm fast unangenehm auf, wie ungelent, unregelmäßig und wie einfach das Ganze war. Ueber die Bemerkung mit der Suppe lächelte er, als sein Auge wieder auf die Stelle fiel.

Dann dachte er an Maxl, aber nicht an das kranke Mädchen, welches von aller Welt verlassen war, welches alles verloren hatte, was sie befehlen hatte, bis auf ihren Stolz, der erstickt war, als sie sich nach langem Sträuben endlich entschlossen hatte, diesen Brief zu schreiben, sondern er dachte an die heitere, frische Maxl, welche ihn so schlecht behandelt hatte. Dann warf er plötzlich den Brief bei Seite, ging einige Male im Zimmer auf und ab, überlegte, was er thun sollte, hob ihn dann wieder auf und schloß ihn sorgfältig ein. Dann ging er aus.

Den Abend verbrachte er in einer Gesellschaft, einer jener sinnlosen Zusammenkünfte, in welcher man sich tausendmal Besagtes immer wieder mit derselben lächelnden Liebendwürdigkeit sagt, in welchem man tausendmal Gehörtes mit der Miene des Interesses immer wieder anhört, während man im Innern nur den einen Wunsch hat, möglichst bald nach Hause zu kommen. Hans Grüzmeyer amüßte sich dagegen immer vortrefflich in solchen Abendgesellschaften. Er war gern gesehen in diesen Kreisen, da er gut zu unterhalten verstand, und es schmeichelte seiner Eitelkeit, hier seine kleinen Triumphe zu feiern, und für wüßig, ja geistreich zu gelten, während er doch eigentlich keine Spur von echtem Humor besaß. Und besonders an diesem Abend, wo die Tochter des reichen Kaufmanns da war, welche er — so war es im Rath der Eltern bestimmt — heirathen sollte! Er hatte durchaus nichts dagegen, und sie ebensowenig, und so verließ alles zur Zufriedenheit. Erst als er spät am Abend im Bette lag, fiel ihm plötzlich wieder der Brief der Kellnerin ein. Er legte sich auf die andere Seite. Der Gedanke war ihm unangenehm, daß er doch irgend etwas thun müsse. Morgen — dachte er und schlief ein.

Am nächsten Morgen nahm er den Brief vor, und überlegte noch einmal ruhig und reiflich. Er rechnete nach, wie viel er wohl gut entbehren könnte. Dann wollte er ihr 40 Mark senden. Als er aber noch einmal nachdachte, sagte er sich, sie hätte gewiß auch mit 30 genug, sie war ja schon auf dem Wege der Besserung und würde bald wieder etwas verdienen können. Dann sah er nach ihrer Adresse. Aber den Brief las er nun nicht wieder. Es war ihm peinlich; und er wußte ja auch zur Genüge, was darin stand. Er wollte ihr das Geld per Postanweisung schicken; aber dann mußte er seinen Namen als Absender hergeben. Sandte er dagegen in eingeschriebenem Brief, so würde sich der Postbeamte gewiß über seine Korrespondenz verwundern. Hier kannten ihn alle Menschen zu genau. Da galt es in allen Dingen, und besonders in solchen Kleinigkeiten, vorsichtig zu sein. Denn alles wurde besprochen, gedeutet, mißdeutet und weitergesprochen. So nahm er Scheine und legte sie in ein Couvert. Er fügte eine Karte bei, auf welcher er „Gute Besserung!“ geschrieben hatte. Als er aber sah, daß es eine Karte mit seinem Namen war, zerriff er sie und nahm eine andere leere. Dann schrieb er mit seinen schönen, regelmäßigen Zügen die Adresse ab und warf den Brief in den Kasten, als er zum Frühshoppen ging, welcher ihm in dem Bewußtsein, eine gute That gethan zu haben, heute doppelt gut schmeckte.

Er glaubte auch, nun damit fertig zu sein. Hoffentlich schrieb sie ihm nicht wieder. Jedenfalls wollte er dem Briefboten einen Wink geben, dergleichen Briefe stets nur ihm persönlich einzuhändigen.

Nicht durch das Mitleiden mit der Kranken war Hans Grüzmeyer bewogen worden, das Geld zu senden; sondern darum hatte er es gegeben, damit er sich nicht vor sich selbst zu schämen brauchte.

(Fortsetzung folgt.)

Ausschreitungen der Innungen.

Das Handwerk soll bekanntlich auf den Zustand vor dem dreißigjährigen Kriege wieder gebracht werden. Es giebt nun zwar böse Leute, die da behaupten, das wäre nicht ganz so leicht, als es das Bewilligen von einer Milliarde für einen gesinnungstüchtigen Reichstag ist, doch sind viele Hände, wenn auch wenige Köpfe mit emsigem Bemühen thätig, diesem Ziele nachzustreben — unserem Verdanken nach freilich auf etwas falschem Wege.

Wie die Handwerker sich vor dem dreißigjährigen Kriege räusperten und spuckten, das sieht man in den Innungen freilich getreulich nachmachen. Man sieht Innungsfahnen, Innungsherbergen, Innungsob- und unter-Weisler, Innungsfeste, Innungstage und Innungsjöpfe einführen, aber den Geist der alten Zeit, den kann man doch nicht gut wieder herstellen. Man müßte da

nicht nur die Fabriken und Eisenbahnen, die Dampfschiffe und Lokomotiven zerstören und abschaffen, sondern auch die „Mehrlader“ von kleinem Kaliber, die Pracht-, Parade- und Schlacht-Flotten, das rauchlose Pulver und die Millionen-Heere passen nicht gut in die alte gute Zeit vor dem dreißigjährigen Kriege. Die ersteren zu vernichten, dahin haben sich freilich Innungsanträge schon verstiegen, an dem anderen zu rütteln werden sie sich aber wohl hüten, da sind Messeln daran, an die ein braver Innungsmeister nimmer rühren wird. Es würde ihm auch übel bekommen.

Nun will es uns aber bedünken, daß eines ohne das andere nicht gut sein kann. Ohne Fabriken keine Schiffe zur Schlacht und zum Prunk, keine Kanonen, keine Kleinkalibrigen Mehrlader, keine Millionenheere. Mit Fabriken aber — ja wir glauben nicht, daß Zustände vor dem dreißigjährigen Kriege damit gut vereinbar sind. Ohne diese Zustände werden aber die Innungen die Kleinmeisterei auch nicht über Wasser halten können. Selbst die jetzt moderne Schnurre mit den Kleinmotoren wird es nicht verhindern, daß der Großbetrieb billiger herstellt als der Kleinmeister.

Man muß es zugeben, die Innungen, ihre Beschützer und Förderer mühen sich bei ihrer Sisyphusarbeit redlich ab. Sie wälzen freilich keine Felsblöcke, aber Gesezparagrafen. Das Alphabet hat kaum mehr Buchstaben genug um alle „Verbesserungen“ der Reichsgewerbeordnung noch zu benummern und immer rufen die Herren Innungsmeister noch nach mehr Gesezen. Sie stöhnen und klagen unter der Last ihrer Arbeit, die „Gesellen“ zu vergewaltigen, die Lehrlinge auszubeuten, aber immer will es noch nicht werden, wie „vor dem dreißigjährigen Kriege“. Da erdnt dann laut ihr Jammer ob der vergeblichen Arbeit. „Wir können nichts aus eigener Kraft!“ oder wie vor Kurzem das Organ der Zünftler ausrief: „Wenn die Behörden nicht besser für uns eintreten den Arbeitern gegenüber, dann einigen wir uns mit den Arbeitern, es ist ja unser Schade nicht!“ Dann mögen die anderen sehen, wo sie die Zustände vor dem dreißigjährigen Kriege hernehmen, wir spielen nicht weiter mit.

Nun die Behörden! Man sollte doch denken, die thun was sie können. Kein Tag ohne Verbot einer Versammlung, ohne Auflösung eines Vereines, keine Woche ohne Unterdrückung einer Arbeiterzeitung, kein Monat ohne eine Reihe von Bestrafungen wegen Vergehen gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung. Aber das ist alles nichts, gar nichts in den Augen der Innungsmeister, sie können dem „Gesellen“ noch immer nicht wenig genug Lohn zahlen, ihm die Arbeitszeit noch immer nicht lang genug machen, er grüßt den Herrn Innungsmeister noch immer nicht so demüthig, wie vor dem dreißigjährigen Kriege. Es haben die Behörden für all ihr Bemühen also statt Dank nur Vorwürfe, daß sie nicht genug thun, um den Innungsmeistern im Vergewaltigen der Gesellen zu helfen.

Der Reichstag hat in jeder seiner Tagungen eine Anzahl Hilfsparagrafen der Paragrafenpyramide hinzugefügt, aber immer noch schleppen die Innungsmeister neuen Baustoff heran. Endlich, meinen sie, muß dieses Gebäude doch so hoch werden, daß sie von der Spitze desselben sich die alte Zeit aus der Vergangenheit zurückholen können. Da haben am 23. Oktober die „Maler“ d. h. die Herren von den großen Pinseln, zu Breslau getagt und wieder neues Paragrafenmaterial zur „Verbesserung“ der Reichsgewerbeordnung herangewälzt. Sie verlangen zur Vergewaltigung der Gesellen, daß die Erziehung und Verwaltung des Arbeitsnachweises **ausschließlich** den Innungsmeistern durch Gesez übertragen werden soll. Es soll von dem Belieben der Innung abhängen, ob ein Geselle Arbeit und ob ein Nichtinnungsmeister, ein Fabrikant, Arbeiter erhält. Das ist freilich etwas stark, aber es kommt noch besser. Auch dem Strafrecht soll zu gunsten der Innungsmeister Gewalt angethan werden. Es wäre kaum glaublich, würde wie Spott klingen, wenn man es nicht in Zeitungen innungsfreundlicher Gesinnung zu lesen fände, was man da der Reichsrechnung und der Gesezgebung ansinnt. Die Forderung der großen Pinsel, — wollten wir sagen der Herren vom großen Pinsel lautet, nachdem sie mit ihren Forderungen beim Buchstaben c. diesmal angelangt sind:

a. Zusatz zu § 153 der R.-G.-O.: Unter Anwendung körperlichen Zwanges, sowie von Drohungen, Ehrverletzung oder Verurtheilung ist u. A. zu verstehen: 1) Gewalt gegen Person oder Vermögen (öffentliche Bekanntmachung irgend welcher Art, welche Namen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern enthalten, sind, sobald sie zu Zwecken der Arbeitssperre oder dergleichen veröffentlicht werden, als Gewalt gegen Vermögen zu betrachten); 2) Drohung oder Einschüchterung oder **Aufstellung von Bedingungen** seitens der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, die einem Friedensbrüche (?) gleichkommen oder in die Hausordnung des Einen oder Anderen **hineingreifen**; 3) Belästigungen oder Störungen folgender Art: a. Beständige Verfolgung von Ort zu Ort zum Zwecke des Arbeitsausschlusses, b. Versteck von Werkzeugen oder Kleidungsstücken oder deren Fortnahme oder Hinderung in dem Gebrauche solcher; Ueberwachung oder Umstellung von Bahnhöfen, Schiffslandungsplätzen oder sonstigen öffentlichen Verkehrsanstalten des Wohnortes bezw. des Arbeits- und Geschäftsortes oder der Zugänge zu solchen oder Verfolgung eines Einzelnen in ungehöriger Art auf Straßen.

Außer diesem Antrag gelangte noch folgende Resolution zur Annahme:

Der XI. deutsche Malertag nimmt von den Ausführungen des Berichterstatters Kenntniß und erklät in einem festen Zusammenstehen der selbständigen Gewerbetreibenden zu Innungen und Fachverbänden, in der Abänderung der Gewerbeordnung und in einem gesetzlichen Verbot der Angehörigkeit Minoritäten zu den Fachvereinen ein wirksames Mittel gegen die sozialistischen Umtriebe und **Ausschreitungen** der Fachvereine.“

Die Herren rechnen da so: Wir Meister werden die „Bekanntmachung der Namen“, die „Schwarzen

Listen“ schon von Hand zu Hand vornehmen, wir brauchen keine Dessenlichkeit, da wird die Innung helfen, die Arbeiter können die Veröffentlichung nicht vermeiden, wenn sie eine Sperre verhängen, deshalb sollen öffentliche Bekanntmachungen verboten sein. Nicht wahr? — solche Schlaubeit sollte man den Herren kaum zutrauen, die nach den Zuständen vor dem dreißigjährigen Kriege suchen.

Aufstellung von Bedingungen, die einem Friedensbrüche „gleichkommen“, also keiner sind, aber doch als solche bestraft werden sollen — möchten uns die Herren wohl eine solche Bedingung nennen? Soll die Bedingung einer Lohnerhöhung wohl darunter gemeint sein?

Nun, diese Forderungen sind unsinnig an sich, das ist richtig. Selbst die den Innungsbestrebungen willfährigste Regierung könnte aus dieser Pinfelslei nichts machen, der Geist, der in den Innungen lebt, ist dadurch aber gekennzeichnet.

Abhängigkeit der Arbeiter, Bedrückung und Ausnutzung der Arbeiter, das ist der einzige Zweck der Innungen.

Dabei fangen sie aber auch weiteren Kreisen an, lästig zu werden. Wir können uns darüber nur freuen, denn so lange sie nur gegen die Arbeiter wütheten, waren diese in ihrem Widerstande allein auf sich angewiesen, wurden sogar behindert von anderen bürgerlichen Kreisen, welche wohl Grund hatten, sich den Innungen auch entgegen zu stellen. Man hielt sie in diesen Kreisen für ungefährlich. Das Privilegium der Lehrlingsausbeutung trug schon Beunruhigung in weitere Kreise und als jetzt gar die Innungen sich aufmachen, nicht unbedeutende Steuern für ganz unnütze Zwecke Kaufleuten und solchen Meistern aufzulegen, die mit den Innungen nichts zu thun haben wollen, da ist die Aufregung über diese Ausschreitungen der Innungen sehr erheblich geworden. In Berlin hat die Schuhmacherinnung einen Sturm gegen sich heraufbeschworen, als sie für ihre Schrollen die Nichtmitglieder mit Steuern belegte. In Magdeburg haben wir das Schauspiel gehabt, daß Großkaufleute nationalliberaler Gesinnung mit notorisch sozialdemokratischen Arbeitern gemeinsam sich veranlaßt sahen, gegen eben solche Ausschreitungen der Schneiderinnung Front zu machen, zusammen Versammlungen abzuhalten, zusammen in Ausschüssen zu sitzen, um den Uebergriffen der Innung zu wehren. Weiter hören wir, daß die ganz unbedeutende Innung der Gastwirthe in Berlin eben solch einen Feuerbrand unter die Gastwirthe geworfen hat, bei dem sie sich schließlich wohl auch die Finger verbrennen wird.

Der Ruf: „Fort mit den Innungen!“ wird durch solche Ausschreitungen bald ganz allgemein werden.

Die Beseitigung der Innungen ist dabei so ungemein leicht. Zu denselben gehören nur ein ganz geringer Bruchtheil der Gewerbetreibenden, die andern haben sich bis jetzt, so lange die Innungen sie nicht belästigten, um dieselben nicht gekümmert. Wenn sie jetzt lästig werden, so tritt einfach der bis jetzt theilnahmlose Theil der Handwerker in die Innung ein. Er hat hier, wenn er will, sofort die Mehrheit, nimmt die Leitung in die Hand und bittet namens der Innung um Beseitigung der Innungsprivilegien.

Dieser Bitte muß die Regierung, wenn auch nach einigem Sträuben, nachgeben, wie das Beispiel einer Schlofferinnung in einer rheinischen Stadt es deutlich zeigt hat.

Damit ist der Spuk aus.

Es wird wirklich Zeit, daß dem Innungsunfug ein Ende gemacht wird, er stört und verbittert unsere sozialen Zustände in ganz unnötiger Art, ohne doch für die Kleinmeisterei den geringsten Nutzen zu bringen, der den Unfug allenfalls in gewissen Kreisen noch entschuldigen könnte.

Arbeiterstatistik.

gk. Wenn eine Arbeiterschaft, durch die Nothwendigkeit gezwungen, eine Lohnsteigerung anstrebt, wenn sie einen Ausgleich verlangt für die größeren Ausgaben, die den Arbeitern erwachsen, durch die wucherischen Miethssteigerungen, durch die Vertheuerung aller Lebensbedürfnisse durch Steuern und Zölle, dann erheben meistens die Unternehmer ein großes Geschrei über die „Anverschämtheit“ dieser Forderungen, leugnen den Nothstand in der breitesten Art und suchen durch Angaben nachzuweisen, daß die Arbeiter ein durchaus genügendes Einkommen haben.

Dieser letztere Beweis wird mit Vorliebe in der Art geführt, daß man den höchsten Verdienst, den unter ganz ungewöhnlichen Umständen, durch ganz besonderen Zufall einmal einer oder der andere Arbeiter erzielt haben kann, mittheilt und sagt: Seht, bis zu dieser Summe kann bei uns der Verdienst eines Arbeiters steigen, wenn er fleißig und geschickt ist. Da ist es doch wirklich ein ganz ungerächfertigtes Verlangen, so fordern wir sollen mehr Lohn zahlen. Man erklärt ganz richtig, man könne diesen Verdienst des Arbeiters aus den Lohnbüchern nachweisen und ist oft sogar so kühn, diesen in zehn Jahren unter tausenden von Arbeitern vielleicht einmal in einer Zahlung vorgekommenen Fall zu verwenden, um den Jahresverdienst der Arbeiter danach zu berechnen und den vereinzelten Fall als Regel hinzustellen.

Solchem Verfahren gegenüber sind die Arbeiter meistens nicht in der Lage, durch Angabe bestimmter Zahlen entgegenzutreten zu können, es fehlt ihnen dazu an genauen Angaben. Die bloße Verneinung ohne Anführung des wirklichen Verdienstes einer großen Reihe von Arbeitern, die man nöthigenfalls als Zeugen stellen kann, erscheint nicht beweiskräftig genug, um die dreifachen Unwahrheiten der Unternehmer zu widerlegen.

Es giebt ferner in vielen Gewerben Uebelstände, die zwar im allgemeinen bekannt sind, deren wirklicher schädlicher Umfang aber unterschätzt wird. Man hält solche Uebelstände häufig für nicht besonders wichtig, für vereinzelte Vorkommnisse, während sie doch allgemeine Schädlichkeiten darstellen, die auf Leben und Gesundheit der Arbeiter von sehr wesentlichem Einfluß sind. Man erkauft bei näherer Untersuchung, wie Ungeheuerlichkeiten so lange übersehen werden konnten, die doch so sehr die öffentliche Aufmerksamkeit herausfordern, deren Abstellung so dringend geboten ist.

Die zunächst Beheiligten leben oft in einem durch die Gewohnheit ihnen erträglich oder weniger fühlbar gemachten Zustande

fort, der sie auf das höchste benachtheiligt. Sie können ihre Lage mit der der Fachgenossen nicht vergleichen, halten Uebelstände, die gerade in ihrem Orte eingerissen sind, für un vermeidliche Uebel ihres Gewerbes, die alle Fachgenossen nothwendig tragen müssen. Sie würden sich sofort zur Abschaffung solcher Uebelstände aufraffen, wenn sie einsehen würden, daß die Zustände nicht eine Nothwendigkeit darstellen, daß sie nur bei ihnen sich eingeschlichen haben.

Auch über die allgemeine Ausdehnung von Unersüßlichkeiten herrschen unter den zunächst Beheiligten sehr häufig ganz falsche Ansichten. Man kennt das Gland, unter dem man leidet, nicht in seinem ganzen Umfange. Wenn man die Wahrheit erkannt haben würde, dann würde man sich wahrscheinlich entsetzen und sich schnell vereinigen zur Abstellung des Uebels.

Nach all diesen Richtungen hin wirkt beweisend, aufklärend, belehrend, zur Thätigkeit antreibend eine genaue Feststellung der vorhandenen Thatsachen durch gewissenhafte Beantwortung wohl überlegter Fragen. Das Stellen solcher Fragen, die Beantwortung derselben, das Zusammenstellen und Ordnen dieser Antworten zu einem richtigen Endergebnisse nennt man: die Aufnahme einer Statistik.

Eine Statistik ist um so werthvoller, je umfassender, je genauer sie ist.

Um den Zustand in einem Gewerbe richtig statistisch feststellen zu können, ist es nothwendig, eine möglichst große Zahl wahrer Angaben zu sammeln.

Diese Aufgabe ist durchaus keine leichte. Um eine vollständige Statistik eines Gewerbes zu erhalten, müßte man die Möglichkeit haben, alle Gewerbesgenossen zu befragen und sie zu Antworten veranlassen zu können. Man müßte Mittel haben, diese Antworten auf ihre Richtigkeit zu prüfen und sie erforderlichen Falls durch Untersuchung richtig zu stellen. Solche Mittel besitzt höchstens der Staat. Nur von diesem ist die Aufnahme einer wirklich erschöpfenden gewerblichen Statistik zu erwarten.

Leider aber ist unser heutiger Staat durchaus nicht gewillt eine solche Statistik vornehmen zu lassen, obgleich er dazu die Mittel und das Können besitzt. Unsere heutige Gesellschaft geht von dem kapitalistischen Interesse aus, die Wahrheit über die Lage der Arbeiter nicht zur vollen Erkenntnis kommen zu lassen, weil diese Wahrheit eine fürchtbare Beurtheilung der heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung sein würde. Man scheut es, in die großen Massen der Arbeiter die Kenntniß ihrer Gesamtlage hineinzufragen, ja man scheut es sogar schon, die Arbeitermassen nur zum Nachdenken, zum Beobachten der eigenen Lage zu bringen, was sich durch die Beantwortung von Fragen, die sich auf die schlimmsten Thatsachen beziehen, unvermeidlich geschehen müßte. Man fürchtet die Vergleiche, die an der Hand eines solchen Materials die Arbeiter anstellen würden. Und man scheut auch, daß in den eigenen kapitalistischen Kreisen eine wahre Erkenntniß des Arbeiterelends, welches eine wahre Statistik ohne Zweifel aufdecken würde, heurathigen, die Freude am Genuß vermindern, daß dadurch schon eingetretene Verschönerung der heutigen Gesellschaft besördert und beschleunigt werden würde.

Man sucht den Arbeiter in dumpfer, dummer Zufriedenheit als gutes und williges Ausbeutungsmaterial zu erhalten, und die Freude der Besizenden nicht zu trüben, indem man die Wahrheit so weit als möglich nach hinten schiebt.

Da auf diese Art also eine Statistik der Arbeiterverhältnisse in brauchbarer Form von seiten des heutigen Staates nicht zu erwarten ist, eine möglichst genaue Kenntniß der Lage der Arbeiter diesen selbst aber unentbehrlich ist, so wird nichts anderes übrig bleiben, als daß die Arbeiter die Aufnahme solcher Statistik in die eigene Hand nehmen.

Eine solche von den Arbeitern selbst unternommene Aufnahme wird freilich auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen können.

Dem Mangel an Geldmitteln, die eine weite Ausdehnung der Aufnahme unmöglich machen, die eine Kontrolle der gehaltenen Angaben in der Regel ausschließen, gefellen sich, um die Ergebnisse zu beeinträchtigen, hinzu der Mangel an Aufklärung und Verständniß der Sache in den Arbeiterkreisen selbst, das Uebelwollen der Unternehmer, die ein Interesse daran haben, daß die Wahrheit nicht bekannt wird und die Beschränkungen, Bedrückungen und Behinderungen, die bei uns leider jede, auch die am meisten berechtigten, durchaus gesetzlich erlaubten und begründeten Bestrebungen der Arbeiter stets finden.

Wenn man in Oesterreich den Arbeitern die Aufnahme einer Statistik geradezu verboten hat, weil dies ein Vorrecht des Staates, die verbotene Aufnahme eine Annahme von Amtshandlungen sei, so wird in Deutschland durch die Vereinsgesetze das Zusammenstehen von Vereinen zum Zwecke solcher Aufnahmen verhindert; denn die Verhandlungen über die Aufnahme einer Gewerkestatistik würde leicht für eine „Erörterung öffentlicher Angelegenheiten“ erachtet werden können, und damit wäre es den Vereinen verweigert, sich zur Ausführung der Statistik zu verbinden, sie vereinsseitig in die Hand zu nehmen.

Wenn also auch durch die Privatthätigkeit der Arbeiter eine gründliche Arbeit nicht zu erwarten ist, so haben die Erfahrungen doch gezeigt, daß sich aus dieser Privatthätigkeit, wenn sie planmäßig, ausgeführt wird, immerhin recht brauchbares Material gewinnen läßt, und daß die erlangten Ergebnisse die darauf verwendete Arbeit wohl lohnen. Es wird also fernerhin die Aufgabe der Arbeiter sein, in den einzelnen Gewerben wiederholt in kleineren und größeren Kreisen solche statistische Aufnahmen zu machen.

Die Aufnahmen können entweder bezwecken, die Lage der Arbeiter an einem bestimmten Ort in einem bestimmten Gewerbe, oder die Lage eines Gewerbes über einen möglichst großen Bezirk in den verschiedenen Orten desselben festzustellen. Nach beiden Richtungen hin sind von den Arbeitern nicht ohne Geschick und mit ganz erfreulichem Erfolge Versuche gemacht, aus welchen sich recht gut eine genauere Kenntniß der gewerblichen Verhältnisse ableiten ließ, durch die gezeigt wurde, daß auch die beschränkten Aufnahmen solcher Privatstatistik sehr werthvolle Einblicke in den Gang unserer heutigen gewerblichen Entwicklung gestatteten.

Es ist z. B. schon ein sehr werthvolles Ergebnis solcher statistischen Aufnahmen in einzelnen Gewerben und an einzelnen Orten gewesen, daß dadurch der zahlenmäßige Beweis geliefert ist, wie das Kleingewerbe den Arbeitern schädlich ist, wie es durch Erhöhung der Arbeitsbedingungen, durch Herabmindern der Entlohnung suchen muß, sich dem Fabrikbetriebe gegenüber im Wettbewerb zu erhalten, daß es auf Kosten und durch Schädigung der Arbeiter sein dem Untergange geweihtes, unbedingtes Dasein weiter zu fristen sucht. Werden solche Thatsachen reichlich und an vielen Orten, in den verschiedensten Gewerben gesammelt, so geben sie für die rückwärtlichen Innungsbestrebungen ein geradezu niederschmetterndes, ein sie vernichtendes Material ab. Es wird dadurch gezeigt, wie es kommt, daß die Innungen arbeiterfeindlich sind, daß sie nothwendigerweise den sozialen Frieden stören müssen, weil ihr Zweck ist, die Kleinmeister auf Kosten und zum Schaden der Arbeiter zu erhalten. Man wird sich dann nicht wundern, daß die Neugründung einer Innung an einem Orte gleichbedeutend ist mit dem Hervorrufen eines hartnäckigen Lohnkampfes.

Die Versuche der statistischen Aufnahmen über ganze Gewerbe in möglichst weiten Kreisen haben ebenfalls sehr schätzenswerthe Ergebnisse geliefert.

Sie haben gezeigt, wie lange Arbeitszeit und Akkordarbeit Hand in Hand gehen mit Herabsetzung der Löhne oder Verweigerung der Zahl der Beschäftigungsstellen, wie die Aufklärung der Arbeiter durch zweckmäßige Organisationen die Löhne derselben erhöht. Sie haben aber auch gezeigt, wie schlecht die Lage der Arbeiter überall und im allgemeinen ist, wie nothwendig ein geregelter, durch Geseze geordneter Arbeiterschutz ist, wie fühlbar

Nach der Menge eines solchen bemerktlich macht, wie schlecht die Ausbildung der Lehrlinge ist, und dergl. mehr.

Diese Ergebnisse sind so ermüdend, daß sie uns die Pflicht auflegen, dringend dazu aufzufordern, es mögen in allen Gewerben solche privatstatistische Aufnahmen fortgesetzt und erweitert werden, um dadurch dem sehr fühlbaren Mangel einer amtlichen Arbeitsstatistik wenigstens einigermaßen abzuhelfen.

Wir wollen in einem folgenden Aufsatze aus den gesammelten Erfahrungen in dieser Sache Fingerzeige geben, wie man die gemachten Erfahrungen verwerten kann, um fortschreitend zu immer besseren Ergebnissen solcher Privatstatistik zu gelangen.

Mit der industriellen Arbeit des weiblichen Geschlechts

beschäftigt sich auch der soeben vollendete Bericht des Arbeitsstatistikers der Vereinigten Staaten (V.-St. Arbeitskommissars) Wright. (Fourth Annual Report of the Commissioner of Labor 1888. Working women in large cities. Washington 1889. 631 p.)

Das durchschnittliche Alter der Arbeiterinnen ist danach 22 Jahre 7 Monate, aber der Bericht, der sich auf etwas über 17 000 Arbeiterinnen erstreckt, zeigt, daß schon Kinder im zarten Alter von neun, sage und schreibe neun, Jahren in Fabriken beschäftigt werden. Der Bericht weist darüber folgende Zahlen auf:

126 Mädchen von 9 Jahren	
339 " " 10 "	
464 " " 11 "	
1388 " " 12 "	
2503 " " 13 "	
3503 " " 14 "	

und so weiter.

Von den 17 427 Arbeiterinnen, über welche der Bericht spricht, sind 14 120 in Amerika, 3307 im Auslande geboren. Dies stimmt mit der Wahrnehmung überein, daß Amerikanerinnen die Arbeit in Fabriken der Dienstbotenstellung vorziehen. Die Gründe dafür sind nachfolgend.

Was den Gesundheitszustand, d. h. den Einfluß der kapitalistischen Arbeit auf denselben betrifft, so enthält der Bericht einige sprechende Zahlen. Von den 17 427 Arbeiterinnen waren bei Beginn der Arbeit 16 360 bei guter, 882 bei mittelmäßiger, 185 bei schlechter Gesundheit. Davon sind jetzt nur noch 14 557 bei guter Gesundheit, dagegen sind 485 bei schlechter, 2 385 bei mittelmäßiger Gesundheit. Mit andern Worten: von 17 427 Arbeiterinnen haben 1 803 durch die maßlose und ungeschützte Arbeit im kapitalistischen Dienste (d. h. also mehr als 10 Prozent) ihre Gesundheit eingebüßt.

Trotz des festgestellten geringen Verdienstes bietet doch die letzte der statistischen Tafeln des Buches eine Ueberschau. Dieselbe behandelt das Verhältnis der Zahl der Fabrikarbeiterinnen zur Prostitution. Es liegen Angaben von 3 866 Prostituirten in einigen der größten amerikanischen Städte über ihren früheren Beruf vor. Dieselben zeigen, daß nur 970 derselben vorher Arbeiterinnen im gebräuchlichen Sinne des Wortes waren, während 1 155 in Hotels oder Privathäusern mit sogenannter Hausarbeit oder als Verkäuferin u. beschäftigt waren. 1236 hatten gar keine Beschäftigung gehabt, sondern zu Hause gelebt.

Zulassung der Frauen zum Studium.

Die Professoren von der Universität von Pennsylvania haben mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt, Frauen zu den Studien in dieser Anstalt zuzulassen.

Vor 7 Jahren ist ein ähnlicher Antrag mit großer Mehrheit verworfen worden, worauf Florence Kelley, die Gattin unseres Genossen Dr. Wischniewsky, den Kampf mit der Fakultät aufnahm. Sie wäre nun Siegerin geblieben, wenn der Verwaltungsrath dem Beschluß ebenfalls zustimmte.

Im Westen der Vereinigten Staaten ging man mit gutem Beispiel voran. An der Universität von Wisconsin, Illinois, Michigan, Minnesota, Kansas und Californien, ja sogar in Mississippi, werden Frauen schon seit längerer Zeit zugelassen. Einige Colleges im Osten sind darin nachgefolgt. Nun käme endlich auch Pennsylvania an die Reihe.

Wie lange wird es wohl dauern, bis man dazu in Deutschland kommt? Und doch wird es nichts helfen, man wird den alten Bopf abschneiden müssen!

Der gesetzliche Normalarbeitstag in verschiedenen Ländern.

Die englische Regierung hat unlängst ihre diplomatischen und konsularischen Vertreter in den europäischen Staaten und in der nordamerikanischen Union aufgefordert, Erhebungen bei den kompetenten Behörden zu pflegen, ob die Arbeitsstunden der Arbeiter in den Fabriken und Werkstätten in den betreffenden Ländern gesetzlich geregelt sind. Gedächtnisberichte haben sich ihnen gewordenen Auftrages entledigt und ihre Aeusßerungen sind soeben veröffentlicht worden.

Diesem zufolge bestehen Gesetze bloß in Oesterreich-Ungarn, in Frankreich und in der Schweiz.

In ersterem Staate wurde die Arbeitszeit mit 11 Stunden, dabei 1 1/2 Stunde zur Einnahme der Nahrung, im zweiten mit 12 Stunden, ohne einer Raststunde Erwähnung zu machen,

in der Schweiz auf 11 Stunden, am Samstag und an öffentlichen Feiertagen mit 10 Stunden festgesetzt; am Sonntage darf nicht gearbeitet werden, außer in dringenden Fällen. Die Arbeitszeit dauert 1 Stunde. Frauen dürfen bei Nacht, sowie 4 Wochen vor und nach der Entbindung nicht arbeiten.

In Deutschland ist bloß verboten, an Sonn- und Feiertagen und den Frauen, 3 Wochen nach der Entbindung zu arbeiten.

In Belgien bestehen nur einige Einschränkungen in bezug auf weibliche, keine aber für männliche Arbeiter.

Was die nordamerikanische Union betrifft, so ist im Staate New-York, Pennsylvania, Indiana und Californien die Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich herabgemindert worden, ausgenommen bei Feld- und Hausarbeiten, in Connecticut, Maine, Michigan und Florida auf 10 Stunden; in den anderen Staaten giebt es hierüber keinerlei Vorschriften und dem englischen Konsul in New-Orleans wurde von kompetenter Seite bemerkt, daß nach Section 10 der amerikanischen Verfassung die einzelnen Staaten sich in dieser Angelegenheit nicht einmengen können.

Die obigen amtlichen Berichte bemerken weiter, daß bloß in der Schweiz die fraglichen Gesetze streng, in den anderen Staaten aber, Amerika mit inbegriffen, besonders jedoch in Frankreich, nicht weiter beobachtet werden.

Die Türkei, Bulgarien, Rumänien, Serbien und Griechenland erklärten, daß das „Bedürfnis“ einer Einschränkung des Staates auf die Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter sich „noch nicht“ fühlbar gemacht hat, und es daher keine solchen Gesetze giebt; in Italien, Spanien, Portugal, Holland, Schweden, Norwegen und Rußland existiren in dieser Richtung keinerlei gesetzliche Verfügungen. (Aus einem Berichte des österr. Konsuls in Liverpool.)

Oesterreichische Arbeiterpresse.

Am 17. Oktober erschien in Reichenberg die erste Nummer eines neuen Arbeiterblattes. Sein Titel ist: „Der Freigeist“, sozialdemokratische Zeitschrift für das arbeitende Volk; verantwortlicher Redakteur ist Gen. Karl Schiller, Herausgeber die Gen. J. Schiller und Ragnauer. Es erscheint am 2. und 4. Donnerstag jeden Monats. Endlich also hat der größte Industriebezirk Böhmens wieder ein Arbeiterorgan. Aus bekannten Gründen hat lange genug das Parteileben dajelbst geruht, wenn auch nicht geschlafen. Die Zeit der energischen Thätigkeit ist wieder gekommen. Der „Freigeist“ konstatiert, daß die bewußte Arbeiterschaft Reichenbergs auf dem Boden des Hainfelder Programms stehe, und daß „alle persönlichen Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund treten, sobald es sich um die Interessen der ganzen Arbeiterklasse handelt“. Wir begrüßen den längst erwarteten Schritt auf das Herzlichste.

Die Genossen Czernak und Bernauer beabsichtigen, vom 30. November ab ein humoristisch-satirisches Arbeiterblatt unter dem Titel: „Glücklicher“ herauszugeben.

Im November wird in Wien ein neues „Fachblatt der Drechsler, Organ für Sozialpolitik und Fachinteressen“, erscheinen, dem wir bestes Gedeihen wünschen.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ erscheint wöchentlich, wie ihre Vorgängerin, die unterdrückte „Gleichheit“.

Marr's Kapital.

Von Karl Marr „Das Kapital, Kritik der politischen Oekonomie“, Bd. 1, ist wiederum eine neue Auflage — die vierte — nöthig geworden, und ist der Herausgeber derselben, Friedrich Engels, mit den diesbezüglichen Arbeiten beschäftigt.

Die immer rascher aufeinander folgenden Auflagen der Schrift von Marr zeigen das steigende Interesse für den großen sozialistischen Oekonom, wie wohl auch für die wissenschaftlichen Anschauungen des Sozialismus überhaupt.

Zu bedauern ist nur, daß durch die sich nöthig machende Neuauflage des ersten Bandes die Herausgabe des dritten Bandes desselben Werkes etwas verzögert werden dürfte, da der Herausgeber seine Arbeiten jetzt wiederum zu unterbrechen gezwungen war.

Aeusßerungen des konservativen Herrn v. Treitschke.

Der Staat muß seinem Wirken eine Schranke setzen, er muß anerkennen: es giebt persönliche Güter, so hoch und unantastbar, daß der Staat sie nimmer sich unterwerfen darf. Spottet man nicht allzubreit über die Grundrechte der neueren Verfassungen. Sie enthalten mitten unter Prosa und Thorheit die Magna Charta der persönlichen Freiheit, worauf die moderne Welt nicht wieder verzichten wird.

Keine Kunst der Rede hat je vermocht, den febricitirenden Geist zu bemänteln, der aus der Behauptung redet, die Gesellschaft habe das Recht, zwar nicht die Wahrheit, wohl aber die Gefährlichkeit der Meinungen zu prüfen. Ist einmal der Staat den rohen Formen der Theokratie, der Massen-Aristokratie entwachsen, hat er einmal die persönliche Freiheit des Bürgers im Grundbegriff anerkannt, so hilft kein Sträuben mehr, so muß er auch ganz und mit allen Folgerungen das Recht des freien Denkens gewähren, das den Menschen erst zum Menschen macht. Denn bei der grenzenlosen Macht der Trägheit in der Welt ist die Gefahr, daß eine vor der Zeit verkündete Wahrheit die Ruhe der Gesellschaft störe, verschwindend klein gegen die andere Gefahr, daß auch nur ein wahrer Gedanke in Folge von Gewalt wieder verschwinde.

Mich gemahnt es an ein böses Wort, das ein geistvoller deutscher Gelehrter einst zu mir sprach — und er meinte, etwas sehr freimüthiges zu sagen: — „ich achte und dulde jede Meinung, nur nicht die verderbliche (materialistische) Lehre des Rolschott.“ Nein, so lange wir noch nicht gelernt haben, all die Phrasen von „gottloser Meinung“ aus unserm Wörterbuche zu streichen, und auf jenes unselige „nur diese Meinung nicht“ gänzlich zu verzichten, so lange lebt in uns noch, ob auch in milderer Form, der sanatische Geist jener alten Eiferer, welche fremde Meinungen nur deshalb erwähten, um zu beweisen, daß ihre Urheber sich gerechte Ansprüche auf die Höllensfahrt erworben hätten.

Welche lieblose Härte des Urtheils über die schändlicher Weise sogenannten gefährlichen Klassen! Welch herloses Absprechen über den Luxus der niederen Stände, während ein freier und vornehmer Mann sich daran freuen sollte, daß auch der Arme beginnt, etwas auf sich selbst und den Anstand seiner Erscheinung zu halten! Welch gemeine Angst bei jeder Regung des Trostes und des Selbstgeföhls unter dem niederen Volke! Nach der Berl. „Volksgz.“

Kleine Mittheilungen.

Kirchen und Schenken. Ein altes Sprüchwort, das schon Luther erwähnt, besagt, daß da, wo dem Herrgott eine Kirche erbaut wird, der Satan gleich ein Wirthshaus daneben baut. Neuerdings scheint Satans Baulust bedeutend zugenommen zu haben. Wir lesen wenigstens in der Leipz. Vg.: „Wir hatten in Sachsen im Jahre 1885 20 800 Schenken und Branntweinverkaufsstellen, aber (selbst wenn man die Begräbniskirchen, die Kapellen und Bethäse einrechnet) nur 1450 Stätten christlichen Gottesdienstes. Auf jede christliche Gottesdiensthalle kamen daher mehr als 14 Schenkhütten. Die Kirchen sind in der Regel nur an einem Tage in der Woche und auch an diesem nur während einiger Stunden, die Schenken zumeist alltäglich von früh bis spät geöffnet. In den großen Städten steht es auch in dieser Beziehung noch viel schlimmer, als im Durchschnitt des ganzen Landes. Denn auf jede Stätte christlichen Gottesdienstes entfallen in Dresden nicht bloß 14, sondern 57, in Chemnitz 64, in Leipzig gar 74 Schenkhütten. Im ganzen Königreiche Sachsen kommt erst auf etwa 2550 Lutheraner ein Geistlicher, dagegen bereits auf 152 Bewohner ein Schankwirth.“

Gelogen wie telegraphirt. In amerikanischen Arbeiterblättern lesen wir folgende bezeichnende Notiz: „Vor kurzem wurde gefabelt, der Reichstagsabgeordnete Bebel habe einen Aufruf an die Berliner Bäcker erlassen, in welchem er sie aufforderte, den Streik wieder aufzunehmen und den Kampf „bis auf's Messer“ fortzusetzen. Die Postnachrichten dagegen ergeben, daß Bebel eine Untersuchung der Lage der Bäcker zu veranstalten beabsichtigt und zu diesem Zweck Fragebogen verschickt hat. Das ist ist der Aufruf „bis auf's Messer“. — Am anderen Ende des Kabels scheint ein Reptil zu sitzen.“

Gewerkhaftliches, Vereine.

Die Lohnfreitigkeiten in der Goldleistenfabrik von Bahr und Gehrrens in Ottenfen sind beendet, da der Prinzipal sämtliche Forderungen bewilligte, bevor die Beschäftigten ihre Arbeit verlassen hatten.

Die Kommission der Berliner Ristenmacher (Grise, Kaufhold) giebt bekannt, daß in der Patent-Ristenfabrik (A.-G.) Neue Jakobstr. 6 und Mühlenstr. 8 die Arbeit weiter eingestellt ist. **Wirtergesellschaft!** In der Fabrik von Lauer u. Co., Berlin, ist Streik.

Die Berliner Bildhauerbewegung dauert fort. Eine von ca. 1000 Personen besuchte öffentliche Bildhauerverammlung fand kürzlich im „Schweizergarten“ statt. Kollege Blage referirte „über den gegenwärtigen Stand unserer Bewegung“. Er führte aus, daß dieselbe bis jetzt einen überraschend günstigen Verlauf genommen habe, wie dies selten bei einer Lohnbewegung zu verzeichnen gewesen; die Hauptursache hiervon erblickt er in der mächtvollen Organisation der Kollegen, dem Gauverein Berliner Bildhauer. Zum Schluß forderte eine Resolution das Abonnement des „Berliner Volksblatt“, der „Volktribüne“ und der „Berliner Arbeiterbibliothek“.

An die Vergolder, Goldleistenarbeiter und Berufs-genossen Deutschlands. Kollegen und Berufsgenossen! Auf den von uns vor kurzem erlassenen Aufruf zum ersten Vergolderkongress ist uns von allen größeren Orten, wo Kollegen zahlreich vertreten sind, begeisterte Zustimmung geworden, jedoch fehlen die kleineren Orte. . . . Nothwendig ist, daß die Kollegen dort sich schleunigst berathen, und der unterzeichneten Kommission ein Mandat einreichen, welches ev. die Kommission an geeignete Kollegen am Kongressort zur Vertretung übergeben wird. Der Kongress findet am 26. und 27. Dezember d. J. in Brandenburg a. N. statt. Die Delegirten haben sich bis zum 20. Dezember anzumelden, ebenso haben die Kollegen, welche sich vertreten lassen wollen, ihr Mandat bis zum 20. Dezember einzuliefern. Mit Gruß und Handschlag die Kongresskommission. Im Auftrage: Emil Böhl, Berlin O., Frankfurter Allee 74.

Eine öffentliche Versammlung aller in den Buchbindereien, t. der Album-, Karton-, Lederwarenbranche und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter Berlins fand unter Vorsitz des Herrn Freudenreich am Montag, den 4. d. Mts., in den „Bürgersälen“ statt. Sie war von ca. 1000 Personen besucht. Herr Buchbinder Post referirte. Alsdann machte Frau Greiffenberg die Buchbindung der Papierarbeiterinnen am 13. d. Mts. bei Salm, Annenstraße 16, bekannt.

Die Schneider Berlins wählten am Dienstag voriger Woche folgende Agitationskommission: Pfeiffer, Kommandantenstr. 21; Bendi, Gormannstr. 21; Frank, Petristr. 15; Gebauer, Spittelmarkt 16-17; Hoppe, Wilhelmstr. 122; Dieckhoff, Köpzigstr. 19; Wiewemann, Niedereckstr. 16. Ferner wurde diese Agitationskommission ermächtigt, über die Werkstätten, wo außerst schlechte Arbeits- und Lohnbedingungen herrschen, die Sperre zu verhängen. Alle Zuschriften für die Kommission sind an Hrn. Gebauer, Spittelmarkt 16-17, zu richten.

Zur Berliner Arbeiterinnenbewegung. Die in der Posamentierbranche beschäftigten Arbeiterinnen haben am Montagabend die Gründung eines Fachvereins der Posamentier- Arbeiterinnen vorgenommen, dessen Mitglied jede in der Posamenterie, gleichviel ob Konfektion oder Möbelbranche, beschäftigte Arbeiterin werden kann, wenn sie bis das 16. Lebensjahr überschritten hat. Gegen 50 Mitglieder meldeten sich sofort zu dem neuen Verein. Den einleitenden Vortrag über „Die Organisation der Arbeiterinnen“ hatte Fräulein Selma Chaym gehalten. Sie sagte am Ende ihre Ausführungen in folgenden Forderungen zusammen: Gleicher Lohn bei gleicher Leistung für Mann und Weib, Verkürzung der Arbeitszeit, Maximalarbeitszeit und weibliche Fabrikinspektoren. In einer einstimmig zur Annahme gelangenden Resolution sprach die Versammlung ihr Einverständnis mit diesen Forderungen aus.

Die Arbeiterinnenbewegung kommt auch in Sachsen mehr in Fluß. In Chemnitz, Weichenfels, Glauchau sprachen Frau Frey und Fräulein Chaym vor kurzem besuchten Versammlungen. In Chemnitz und Glauchau wurden Kommissionen gewählt, um die Bewegung rege zu erhalten.

Lehrkursus der Berliner Arbeiter zur ersten Hilfsleistung bei Unglücksfällen (dirigirender Arzt Herr Dr. Bernstein). Wir hoffen, daß sich recht viele Teilnehmer dazu finden werden, umso mehr als nur die zehntägigen Montags Abends ein zweistündiger Unterricht stattfindet. Teilnehmer kann jeder Arbeiter werden, ganz gleich, welcher Branche derselbe angehört, der das 18. Lebensjahr erreicht hat. Auch ist jeder willkommen, was für einen Kosch er auch tragen möge; er kann also direkt vom Bau, aus der Fabrik oder Werkstatt in dem Unterricht erscheinen. Der Unterricht dauert von Oktober bis Ende März bei einem Monatsbeitrage von 25 Pf. (zur Anschaffung der nöthigen Lehrmittel). In den Sommermonaten finden alle 4 Wochen Vorträge über Krankheiten durch den leitenden Arzt statt. Ein Kursus für weibliche Arbeiter ist in Aussicht genommen. Der nächste Übungabend des obengenannten Lehrkursus findet am Montag, den 18. November, im Lokal von Frau Frey, Alte Jakobstr. 75, statt. Wir laden alle Arbeiter, welche der Sache bisher noch fernstehen, ein, sich recht zahlreich daran zu betheiligen. Nur Arbeiter werden aufgenommen.

Die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis, welche am Dienstag, den 29. Oktober, im Saale der Roßbiter Brauerei

stattend, erfreute sich eines so regen Besuches, daß auf Anordnung des Polizeibeamten die Saalstühle vor Eröffnung der Versammlung geschlossen werden mußten. Auf der Tagesordnung stand der Vortrag des Herrn Max Schippel: Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Sozialdemokratie. Abends wurde beschlossen, die Produkte der Zigarrenfabrikanten Löser und Wolff und des Meiereibesizers Völle nicht zu konsumieren und nur auf das „Berliner Arbeiterbibliothek“ fleißig zu abonnieren. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29. Hamburg), Filiale Berlin 3. Montag, den 11. d. M., Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in der Ressource, Manteuffelstr. 90. Velehrung über die zuerst angewendeten Mittel zur Bekämpfung der im ersten Stadium erscheinenden Diphtheritis. Da Vortragender, Herr Th. Herb, den Beweis liefern will, daß auf die leichteste und billigste Weise, wenn gleich angewandt, die Diphtheritis mit Erfolg zu bekämpfen ist, so werden sämtliche Mitglieder ersucht, mit ihren Damen in der Versammlung zu erscheinen.

— Nationale kaufmännische Kranken- u. Sterbekasse. (Eingetragene Hilfskasse Nr. 71.) Bureau: Kl. Frankfurterstraße 10 III. Aufnahme findet jeder kaufmännisch Angestellte sowie selbstständige Kaufmann bis zum 45. Lebensjahre zu den günstigsten Bedingungen. Aufnahmen finden täglich im Bureau, wie auch in den Vorstandssitzungen statt.

— Fachverein der Buchbinder u. verw. Berufe. Sonnabend, den 9. November, Abends 9 Uhr: 3. Stiftungsfest in den Räumen der Bürgerhalle, Dresdenerstr. 96 bestehend aus Konzert und Ball.

— Interessensverein der Risten- und Koffermacher. Sonnabend, den 9. November, bei Hendrich, Denthstr. 20, in den Vereinsräumen junger Kaufleute: 7. Stiftungsfest. Entree 30 Pf.

— Die Freie Vereinigung der Schneider, Vorrichter und Stepper feiert am 16. November d. J. in Sterneder's Bürgerhale, Dresdenerstr. 96, ihr erstes Stiftungsfest und sind Büllets zu haben bei den Herren Otto, Walbertstr. 99, 3 Tr.; Seiler, Walbertstr. 6; Wulfe, Friedrichsbergerstr. 7, 1 Tr.; Horlemann, Dresdenerstr. 116, 4 Tr.; S. Krause, Alexandrinenstraße 116a; Gabriel, Kronenstr. 68 bis 69; R. Bonhoff, Höchste-

Straße 21, H. r. 2 Tr. 1.; Schlecht, Wallstr. 2, 2 Tr.; sowie in allen mit Plakaten belegten Handlungen.

— Die Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin III, hält am Sonntag, den 10. November, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wollmann, Andreasstraße 26, eine Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag über denaturierten Spiritus. Referent: Herr Schabe.

— Fachverein der Lederarbeiter u. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Arbeitsnachweis des Vereins sich im Lokale des Herrn Sperling, Lönien-lfer 22 (Oranienplatz) befindet. Stellungen bereits mehrfach angemeldet. Das Tanzvergügen des Vereins findet am 25. November, Abends 8 Uhr, statt. Büllets für Herren und Damen sind im Arbeitsnachweis zu haben. Geschäftsstunden Abends 8 bis 9 1/2 Uhr, Sonntags Vormittags 10 bis 11 1/2 Uhr.

— Freie Vereinigung der Schneider, Stepper und Vorrichter Berlins. Sonnabend, den 9. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, Alte Jakobstr. 83: Versammlung. Vortrag über Humanismus und Christiantismus von A. Duff. Gäste haben Zutritt.

— Vereinigung der Drechsler Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin 3. Sonntag, den 10. November, Vormittags 10 1/2 Uhr, Andreasstr. 26: Versammlung.

— Sanitätsverein der Arbeiter beiderl. Geschlechts. Beiträge werden täglich entgegengenommen, sowie Bous ausgefertigt und neue Mitglieder aufgenommen bei Herrn Otto Rasche, Mariannenstraße 34, Hof 3 Tr.

— Der sozialdemokratische Leseklub Laisalle tagt jeden Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Jiemer, Gurystr. 16. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

— Sozialdemokratischer Leseklub „Lessing“. Jeden Montag Abends 9 Uhr im Restaurant Leonhardt, Wallstraße 20, Vorlesung und Diskussion. Durchreisende Genossen, welche sich als solche legitimieren, finden gastliche Aufnahme.

— Fachverein der in Buchbindereien und verw. Betrieben beschäftigten Arbeiter. Montag Abends 9 Uhr Versammlung, Annenstr. 16.

— Der Arbeitsnachweis des Fachvereins der Schlosser befindet sich für den Süden Dresdenerstr. 116 bei Grindel, für den Norden Anklamerstr. 49 bei Rürberg.

— Verein der Klempner Berlins. Arbeitsnachweis bei Stramm, Ritterstraße 123.

— Der unentgeltliche Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter befindet sich vom 20. Oktober ab Raunaystr. 78 bei Winger. Die Adressenangabe findet jeden Abend von 8-9 1/2 Uhr und Sonntags Vormittags von 10-11 1/2 Uhr, sowohl an Mitglieder wie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt.

Literarisches.

Kriegsbilder. Von Marie Fischer, geb. Lette. Sonderhausen, Gupel. Diese kleine Gebichtsammlung (23 S.) stellt dem rohen Kriegshandwerk besonders das Wirken für die Wahrheit und die Bedrückten gegenüber.

Briefkasten.

Diejenigen Vereine des In- und Auslandes, bei denen wir von nächster Nummer ab die Gratisüberfendung einstellen, bitten wir, von jetzt ab bei der Post zu abonnieren.

S. Sp. Bernburg. Eine derartige Bestellung ist uns gar nicht zugegangen.

C. G. Döbeln. Betrag erhalten.

Torgau. Sachen verlorst sich selber mit Rekruten.

Abonnet S. Görlitz. Kandidat ist nicht Auer, sondern Zigarrenfabrikant Keller-Görlitz, der, wenn wir nicht irren, auch in Jittau und Hirschberg aufgestellt ist.

Samariter. Wir sind natürlich gern bereit, Sie in jeder Weise zu unterstützen. Da aber der Reichstag, die kommende Wahl- und Achtstundebewegung unseren Raum so sehr in Anspruch nimmt, zudem fast alle unsere Berliner Leser zugleich Abonnenten des „Volksblatt“ sind, so mußten wir diesmal uns mit wenigen Zeilen begnügen. Es geht nicht anders! — Wir bitten auch gleich andere Einsender, das zu berücksichtigen.

Winterthur. Leider sind die letzten Nummern fast alle vergriffen. Wir berechneten und senden Ihnen daher nur Nov.-Dez. Wir bitten unsere Abonnenten, etwaige überflüssige Nr. 40-44 der „Tribüne“ uns zur Verfügung zu stellen.

Norwegen. In nächster Nummer. Der Plagemangel! Auch das Schuldige folgt dann!

Heirathsanzeigen nehmen wir nicht an.

Unserem Freunde
Wilhelm Schmidt,
zu seinem heutigen Schaulustfest ein dreimal
donnerndes Hoch!!!, daß die ganze Kapbachstraße
wackelt.

P. Schmidt, S. Weier, W. Gürtel, P. Voese.
Wir sängen ein schönes Lied!

Da ich am 9. d. Mts. der Arbeiterbewegung
für eine Zeit entriekt werde, bitte ich von allen
an mich gerichteten Zuschriften Abstand nehmen
zu wollen bis auf Weiteres.

J. Scheib.
Lindenau-Leipzig, Merseburgerstr. 39.

Ehrentklärung.
Die Beleidigung, die ich gegen den Maurer
Schwabe ausgesprochen habe, nehme ich hiermit
zurück und erkläre denselben für einen Ehren-
mann.

Aug. Lehmann, Berlin.

Für den 2. Wahlkreis.
Allen Gesinnungsgenossen empfehle mein
Weiss-u. Bairisch-Bier-Lokal
(mit Winter-Regelbahn).
Borzügliche Speisen und Getränke.

Wilhelm Schmidt,
Kapbachstraße 19 (am Kreuzberg).
Volksblatt und Volkstribüne liegen aus.

Döbeln i. S.
Empfehle allen Genossen meinen
Cigarren- und Buchhandel.
C. Geilert,
Heinrichstraße 9.

Achtung!
Allen Freunden und Gesinnungsgenossen
empfehle meine

Biere,
hauptsächlich
Lübener,
auch mache auf mein Lokal aufmerksam.
W. Sasse,
Bergmannstr. 17.

Empfehle allen Freunden und Genossen
meine **Glaserei, Spiegel- und Bilder-**
einrahmung.

Verkauf von Bildern mit und ohne Rahmen
Lassalle und Marg. Vebel und Liedknacht,
P. Singer, Lassalle und Hasenelever als
Präsident des Allgem. deutschen Arbeiter-Vereins.
Medaillons, Streichholzschüssen u. s. w.
Bestellungen nach auswärtig brieflich.
Bezugsquelle für Händler.

NB. Den Genossen zur Nachricht, daß Gyps-
Büsten bei mir zu haben sind.

Carl Scholz, Berlin,
Wrangelstraße 32.

E. M. Wilschke,
Junkerstraße 1.
Cigarren- und Tabakshandlung.
Ruffische u. türk. Zigaretten in größter Auswahl.

Achtung, Putzer!
Die Filiale des Weddings
wegen Nachfrage und Arbeits-
geinchen ist

Köslinerstr. 16
im Restaurant Müller.
Jeden Sonntag Vormittag
Sprechstunde.

Achtungsvoll
Die Kollegen.

Große öffentliche Volksversammlung für Schöneberg und Umgegend.

Montag, den 11. November, Abends 8 Uhr, in der
Schloß-Brauerei zu Schöneberg.

Tagesordnung:

1. Die Arbeit früher und jetzt. Ref. W. Schweizer.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

Mitglieder-Versammlung der Filiale I (Süd) der Freien Vereinigung der deutschen Maler, Lackierer, Aufstreicher u.

Dienstag, den 12. November, Abends 8 1/2 Uhr, in
Hoffmann's Festhale, Oranienstr. 180.

- Tagesordnung:
1. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung.
 2. Wahl eines Schriftführers.
 3. Weitere Beratung der Statuten.
 4. Verschiedenes.

Die Bevollmächtigten.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins.

Sonntag, den 17. November, Vormittags präzis 10 1/2 Uhr,
in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28.

Mitglieder-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Vortrag über Gewerbe-Schiedsgerichte. (Ref. Herr Fr. Jubel.)
 2. Abrechnung vom Stiftungsfest.
 3. Vorlage laut Antrag Greier.
 4. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet **Der Vorstand.**

Große öffentliche Versammlung der Freien Vereinigung der Zimmerer Berlins und der Umgegend.

Sonntag, den 10. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr,
im Saale der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße 58.

- Tagesordnung:
1. Ist es möglich, unter den heutigen Produktionsverhältnissen die gesetzliche 8 stündige
Arbeitszeit einzuführen? Referent Julius Bernau.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes und Fragekasten.

Aufnahme neuer Mitglieder. Jedermann ist willkommen.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Berliner
Zimmerers in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Freireligiöse Gemeinde.

Das in Aussicht genommene Kränzchen findet nicht am 16. November im
Lokale des Herrn Orschel, sondern am

Sonntag, den 17. November, Abends 6 Uhr, im
Grand Hotel Alexanderplatz

statt. Die Büllets werden umgetaucht. **Das Komitee.**

Schuh- und Stiefelwaarenlager von

Ernst Grossmann,
(Firma: Klinger und Grossmann)

Berlin SO., Waldemarstraße 65a (früher Trainkaserne).
Zwischen Mariannenplatz und Manteuffelstraße.
Große Auswahl. — Reelle Bedienung.

Clara verw. Wilhelm Hasenelever.
1. Geschäft Chaussee 49/50. — 2. Geschäft Brunnenstr. 122 (Ecke Anklamerstr.)
Empfehlenswerthe 5 Pf.-Zigaretten: Nr. 54 Bamba, mittel und Nr. 56 Perito, kräftig.
Den Parteigenossen bei Bedarf bestens empfohlen.

Langenbielau.

Seit dem 1. November liegt die „Berliner
Volks-Tribüne“ nicht mehr im „Gasthof zum
weißen Bod“ aus. Dies den Arbeitern zur
Nachricht.

Kottbus.

Die Abonnenten der „Berliner Volks-
Tribüne“ und „Arbeiter-Chronik“ und alle
die es werden wollen, lade zu heute sowie jeden
Sonntag, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn
L. Wobusa, zum

gemüthlichen Beisammensein
mit Familien freundschaft ein.
Karl Lewandowsky.

NB. Eintrittskarten frei.

Empfehle meinen werthen Freunden und
Genossen sowie den Lesern dieses Blattes mein
Cigarren-Geschäft.
Carl Lehmann.
Brunnenstr. 83, dicht am Humboldtthain.

Geschäfts-Eröffnung

Meinen werthen Freunden und Gönnern die
ergebene Anzeige, daß ich in der
Walbertstraße 93,
nahe der Oranienstraße ein

Putz-Geschäft
eröffnet habe.
Ferner habe ich
Ball- und Hochzeit-Toiletten
zu verleihen.

Außerdem führe ich mein Maßengarderoben-
Geschäft in der Oranienstr. 178 unverändert fort.

F. Panknin.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager
von **O. Klein.**
15. Ritterstraße 15.

Dasselbst Zahlstelle der Würtler u. Bronceur (E. S. 60.)

Allen Genossen zur Nachricht, daß ich mein
Barbier-Geschäft
vom Zionskirchplatz nach der Schönholzerstr. 11,
Eingang Ruppinerstraße, verlegt habe.

Emil Wegener,
Barbier.

Wendt's Restaurant

Dresdenerstraße 116.
Inh. **W. Grindel.**
Arbeitsnachweis für Maler, Tischler, Schlosser,
Buchbinder, Drechsler, Töpfer, Möbelpolster und
Sattler.

Reichhaltiger Frühstück-, Mittag- und
Abendstisch.
Speisen à la carte zu jeder Tageszeit, sol. Preise.
Borzügliches Weis- und Bairisch-Bier.
2 franz. Billards und 2 Regelmahnen stehen zur
Verfügung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer ge- werblicher Arbeiter.

Eingetragene Hilfskasse 3 in Hamburg.
Verwaltung Berlin A.
Montag, den 11. November ca. Abends 8 1/2 Uhr,
in Süd-Ost, Waldemarstr. 75.

Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1889.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimirt.

Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen
erleicht **Die Ortsverwaltung.**